

The Democratic Peace meets International Institutions

Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens

In den Internationalen Beziehungen stehen liberale Ansätze zum demokratischen Frieden und Modelle der Zivilisierung internationaler Beziehungen durch Institutionen unverbunden nebeneinander. Der Aufsatz verfolgt das Ziel, eine Synthese beider Forschungstraditionen anzuregen. Dabei geht es um Überlegungen zur internationalen Organisation des demokratischen Friedens. Ausgangspunkt ist die doppelte Beobachtung, dass die liberale Forschung zum demokratischen Frieden analytische Defizite auf der Interaktionsebene und die Forschung zu internationalen Institutionen analytische Möglichkeiten auf der subsystemischen Ebene erkennen lassen. Zusammengekommen legen beide Befunde nahe, die Abwesenheit kriegerischer Gewalt zwischen Demokratien mit der zivilisierenden Kraft interdemokratischer Institutionen in Beziehung zu setzen. Dabei gilt: Internationale Institutionen allein garantieren keinen Frieden. Es kommt auf die innere Verfasstheit ihrer Mitglieder an. Die richtige Verfasstheit der Mitglieder kann aber ebenfalls keinen Frieden garantieren. Es kommt auf ihre Organisation an. Hier gibt es Indizien, dass Institutionen zwischen Demokratien hervorragend geeignet sind, bekannte Eskalationspfade in der internationalen Politik zu blockieren und den Ausbruch von Kriegen zu verhindern.

1. Einleitung¹

Demokratien führen keine Kriege gegeneinander. Auch unterhalb der Kriegsschwelle sind sie in deutlich weniger militärische Auseinandersetzungen mit ihresgleichen verwickelt, als gemeinhin in der Staatenwelt üblich ist. Der Befund des »demokratischen (Separat-)Friedens« gilt unter SozialwissenschaftlerInnen als gesichert.² Strittig bleibt allerdings, wie er erklärt werden kann. Auffällig ist in diesem Zusammenhang, dass die internationale Organisation des demokratischen Friedens – verstanden als

-
- 1 Der Aufsatz geht auf einen Vortrag zurück, den ich am 4. Mai 2001 auf dem Tübinger Symposium »Demokratie und Frieden in Europa« aus Anlass des 60. Geburtstags von Prof. Volker Rittberger gehalten habe. Viele haben sich seitdem bemüht, den Text durch Kritik und Anregungen zu verbessern. Besonders dankbar bin ich neben den anonymen GutachterInnen der ZIB Rainer Baumann, Lothar Brock, Nicole Deitelhoff, Matthias Dembinski, Gunther Hellmann, Alexandra Krause, Anja Jetschke, Beate Kohler-Koch, Peter Mayer, Olivier Minkwitz, Bernhard Moltmann, Thomas Nielebock, Yvonne Perner, Volker Rittberger, Peter Schlotter, Niklas Schörnig, Dieter Senghaas, Klaus Stodick, Wolfgang Wagner, Rudolf Witzel, Simone Wisotzki und Heidrun Zinecker.
 - 2 Zweifel an der Signifikanz des Befundes, die unter anderem von Spiro (1994) und Layne (1994) geäußert worden sind, stießen in der *Scientific Community* nur auf wenig Resonanz und konnten sich nicht durchsetzen (vgl. Gleditsch/Hegre 1997; Ray 2000; Russett/Starr 2000).

das Netzwerk von Institutionen, das demokratische Staaten miteinander verbindet – nicht systematisch untersucht wird. Zwar gibt es eine Reihe von Autoren, die in ihren Arbeiten die generellen Friedenswirkungen zwischenstaatlicher Organisationen und Regime beispielsweise in und für Westeuropa betonen (vgl. u.a. Czempiel 1996, 1998; Senghaas 1990, 2000; Zielinski 2000). Wie wir allerdings sehen werden, vertreten sie in den IB eine Minderheitenmeinung. Im Ganzen gesehen, herrscht in der *Scientific Community* nachhaltige Skepsis gegenüber einer genuin friedensstiftenden Kraft internationaler Regelwerke und damit eben auch gegenüber den Institutionen der demokratischen Zonen in der Weltpolitik.³

Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich wissen alle, die sich mit dem demokratischen Frieden beschäftigen, um die außerordentlich hohe Verregeldichte der interdemokratischen Beziehungen (Rittberger 1987: 9f; Russett 1993: 29; Shanks et al. 1996: 609). Aber die in den kriegsfreien Zonen angesiedelten Organisationen und Regime erscheinen den meisten WissenschaftlerInnen als mehr oder weniger gut funktionierender Überbau, der von fundamentalen Kräften wie beispielsweise der Interessensharmonie zwischen Demokratien (Gleditsch 1995; Moravcsik 1997), regionalen Wirtschaftsinterdependenzen (McMillan 1997; Mousseau 2000), dem Ost-West-Gegensatz (Gowa 1999; Mearsheimer 1994/95) oder den kapitalistischen Interessen eines wie auch immer zu definierenden hegemonialen Blocks getragen wird (Barkawi/Lafey 1999). Wieder andere begreifen internationale Institutionen zwar als Katalysatoren kollektiver Identitäten (Adler/Barnett 1998; Kahl 1998/99; Risse-Kappen 1994; Wendt 1994); sie sprechen ihnen aber in dem Augenblick jede autonome Bedeutung ab, in dem genuine Sicherheitsgemeinschaften wie in Westeuropa entstanden sind.⁴ Institutionen spiegeln jetzt nur noch die (positiv aufeinander bezogenen) Identitäten ihrer Mitglieder wider, welche als die eigentlichen Garanten ziviler Beziehungen gelten.⁵ Diese vordergründigen Zugeständnisse an den Institutionalismus können daher nicht als Einwand gegen die Beobachtung vorge-

-
- 3 Davon unbeeinflusst bleibt selbstverständlich, dass internationale Institutionen in der Geschichte der Friedensideen von Dante bis in die Gegenwart ein Topos sind. Nicht wenige Autoren und Autorinnen erwarteten und erwarten von ihnen nachhaltige Leistungen bei der Zivilisierung der Staatenwelt (vgl. hierzu u.a. Brock 1995: 321f; Czempiel 1998: 109-146; ter Meulen 1917/1929/1940; Rittberger 1995: 347-353). An diese Hoffnung knüpft das vorliegende Papier an, nimmt aber die erheblichen Zweifel in der Forschung ernst und weist außerdem darauf hin, dass in der Wissenschaft die internationale Organisation des Friedens mit dem Aufschwung liberaler Ansätze zum so genannten demokratischen Frieden in den Hintergrund gedrängt wurde.
- 4 So heißt es beispielsweise bei Emanuel Adler und Michael Barnett: »The development of a security community – the very existence of dependable expectations of peaceful change – suggests that states no longer rely on concrete international organizations to maintain trust but do so through knowledge and beliefs about the other« (Adler/Barnett 1998: 46).
- 5 Soweit ich erkennen kann, wird in der Forschung allenfalls noch erwähnt, aber selten in der Analyse berücksichtigt, dass internationale Institutionen für Karl Deutsch und seine Kollegen (1957: 5) ein Definitionsmerkmal von Sicherheitsgemeinschaften waren. Dies mag freilich damit zusammenhängen, dass schon für sie der »sense of community« die zentrale Variable war, von der sowohl die Entstehung einer Sicherheitsgemeinschaft als auch die Effektivität gemeinsamer Institutionen abhängig waren: »The way to integration [...] is through the achievement of a sense of community that undergirds institutions« (Deutsch et al. 1957: 7f).

bracht werden, dass die genuinen Friedensleistungen interdemokratischer Institutionen der Gegenwart in der Forschung, wenn überhaupt, dann nur am Rande notiert werden.⁶

Um den Gründen für das gegenwärtig geringe Interesse der Wissenschaft an der Organisation des demokratischen Friedens auf die Spur zu kommen, möchte ich im Folgenden die wechselhafte Geschichte der Forschung zum Zusammenhang von internationalen Institutionen und der friedlichen Bearbeitung von Konflikten nach dem Zweiten Weltkrieg rekonstruieren. Meine Ausgangsthese ist, dass in den frühen Arbeiten zur europäischen Integration Institutionen und Frieden noch zusammengingen (Kapitel 2). Dies änderte sich in den Siebzigerjahren (Kapitel 3). Jetzt wurden Institutionen vor allem im Bereich der *Low Politics*, also jenseits von Fragen der Sicherheitspolitik, analysiert. Die Forschung zum Frieden hingegen wurde seit Mitte der Achtzigerjahre von subsystemischen Ansätzen dominiert (Kapitel 4): Es ging um den demokratischen Frieden. Nach meiner Einschätzung bestehen mittlerweile allerdings gute Aussichten auf eine fruchtbare Synthese dieser beiden Arbeitsbereiche (Kapitel 5). Denn die Forschung zum Demokratischen Frieden nimmt mehr und mehr analytische Defizite auf der Interaktionsebene wahr, während die Forschung zu internationalen Institutionen analytische Möglichkeiten auf der subsystemischen Ebene entdeckt. Zusammengenommen legen beide Entdeckungen nahe, die Abwesenheit kriegerischer Gewalt zwischen Demokratien mit der besonderen Zuverlässigkeit interdemokratischer Institutionen bei der Wahrung des Friedens in Beziehung zu setzen. Dabei gilt: Internationale Institutionen allein garantieren keinen Frieden. Es kommt auf die innere Verfasstheit ihrer Mitglieder an. Die richtige Verfasstheit der Mitglieder kann aber ebenfalls keinen Frieden garantieren. Es kommt auf ihre Organisation an. Hier gibt es Indizien, dass Institutionen zwischen Demokratien hervorragend geeignet sind, bekannte Eskalationspfade in der internationalen Politik zu blockieren und den Ausbruch von Kriegen zu verhindern. Sie wirken mithin als intervenierende Variable bei den Bemühungen von Demokratien, Frieden mit ihresgleichen zu wahren. Der Aufsatz versucht, diese Vermutung unter Rückgriff auf jüngere Ergebnisse der Kriegsursachenforschung und in systematischer Berücksichtigung der vorliegenden Arbeiten zum Verhältnis von Demokratie und Kooperation zu plausibilisieren.

2. *Die ursprüngliche Hoffnung: Frieden folgt Institutionen*

Die Europäische Gemeinschaft war niemals als reine Wohlstandsgemeinschaft gedacht (Dinan 1994: 9-25; Loth 1990: 134f). Auch wenn das ehrgeizige Projekt einer integrierten Verteidigung im August 1954 am Unwillen des französischen Parlaments scheiterte, war für Adenauer, Churchill, Gasparie und Mendès-France eines

6 Eine Ausnahme bilden die Arbeiten von Kreft (1997) zur EU sowie von Peters (1997) und Wallander (2000) zur NATO. Sie alle thematisieren freilich nicht den hier interessierenden Zusammenhang zwischen stabilem Frieden, internationalen Institutionen und der demokratischen Verfasstheit ihrer Mitgliedsstaaten.

klar: Nur ein politisch geeintes Westeuropa würde ein stabiles Westeuropa sein. Und politisch geeint meinte die Überwindung der regionalen Anarchie durch den Aufbau starker gemeinsamer Institutionen. Die Fragmentierung Europas sollte ein Ende haben und den todbringenden Nationalismen die Zügel angelegt werden. Dabei ging es zunächst und vor allem um die Einbindung der wiedererstarkenden Bundesrepublik: Die NATO integrierte die neuen deutschen Streitkräfte, die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) war darauf ausgelegt, die deutsche Wirtschaftskraft zu bändigen, die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom) schließlich sollte den Griff Deutschlands nach der Atombombe blockieren und die friedliche Nutzung der Atomenergie fördern. Zwar blieben die konkreten Kompetenzen und Entscheidungsverfahren der europäischen Organisationen Gegenstand zäher und nicht immer glücklicher Verhandlungen. Aber dass starke Institutionen notwendig waren, um den Frieden in Europa zu wahren, und dass durch sie die bedrohliche Anarchie überwunden werden konnte, war die vorherrschende Meinung in der politischen Klasse des alten Kontinents. »Pars pro Toto« sei eine Bemerkung des französischen Außenministers Robert Schuman vom 9. Mai 1950 zur Zusammenlegung der Kohle- und Stahlindustrien der Sechs. In der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) sah Schuman »den ersten Grundstein einer europäischen Föderation [...], die zur Bewahrung des Friedens unerlässlich ist« (zit. n. Lipgens 1986: 7).

Auch in der Wissenschaft wurden starke internationale Institutionen als Garanten des Friedens in Europa verstanden. Dies galt sowohl für den Funktionalismus wie für den Neo-Funktionalismus (Kohler-Koch/Schmidberger 1996: 158-160; Senghaas-Knobloch 1969: 13-58; Zellentin 1970: 172-197, 1992: 68-71). Während allerdings die Funktionalisten um David Mitrany (1966) die Hoffnung hegten, die Staaten in einem Netz sektoraler Agenturen zur technischen Bearbeitung gemeinsamer Probleme gleichsam einzufangen, waren Neo-Funktionalisten und hier vor allem Ernst Haas (1968) der Auffassung, dass jede Einigung politische – und das hieß damals supranationale – Institutionen erfordere. Wie auch immer die intellektuellen Bruchlinien zwischen den Funktionalisten und Neo-Funktionalisten im einzelnen verliefen – und Unterschiede gab es in der Tat genug –, erwartet wurde in den Fünfziger- und frühen Sechzigerjahren, dass die Verregelung der innereuropäischen Beziehungen voranschreiten werde und mit ihr die Gewalt treibenden Kräfte der Anarchie gebändigt würden. Dabei setzten die meisten Funktionalisten und Neo-Funktionalisten vor allem auf die zivilisierende Kraft der Interdependenz, verstanden als die wechselseitige Abhängigkeit von Staaten bei der Bewältigung fundamentaler politischer Aufgaben wie der Gewährleistung von Sicherheit, der Stabilisierung der Volkswirtschaft und der Aufrechterhaltung kultureller Identität. Gemeinsame Probleme mussten gemeinsam gelöst und im Zuge ihrer Lösungen gemeinsame Institutionen eingerichtet werden, die die Nationalstaaterei in Europa sukzessive beenden würden (Kamo 1979: 152-159).

Wie wir heute wissen, geriet der Einigungsprozess Mitte der Sechzigerjahre durch die Blockadepolitik Frankreichs unter Charles de Gaulle ins Stocken. In den Siebzigerjahren blieben Integrationsfortschritte weit hinter den ursprünglichen Erwartun-

gen zurück, und Anfang der Achtzigerjahre war in der politischen Öffentlichkeit Europas sogar von »Eurosclerose« die Rede. Parallel zum zögerlichen Verlauf der Integration in der Politik machte sich in der Wissenschaft Ernüchterung breit. Prominente Autoren wie Karl Deutsch und seine Kollegen (1967: 218, 298) diagnostizierten ein Ende des ehrgeizigen Projekts. Und Mitte der Siebzigerjahre sah sich Ernst Haas (1975) genötigt, seine Hoffnungen auf eine selbstverstärkende europäische Einigung zu revidieren. In der Folge brach an amerikanischen Universitäten und *Think Tanks* die theoretische Beschäftigung mit Integrationsprozessen zusammen (Caporaso/Keeler 1995: 37-39). Zwar blieben europäische Wissenschaftler deutlich gelassener als ihre nordamerikanischen Kollegen und verwiesen beispielsweise auf die bemerkenswerte Robustheit der bestehenden Institutionen trotz internationaler Turbulenzen (vgl. v.a. Rittberger 1970). Außerdem gab es auf dem alten Kontinent schon früh Stimmen, die die ursprüngliche Erwartung linearer Integrationsfortschritte für naiv hielten und versuchten, den Einigungsprozess in all seinen Widersprüchlichkeiten dialektisch zu analysieren (Zellentin 1970: 194-197). Gleichwohl waren die Rückschläge unübersehbar, und dies führte auch in Europa zu einem weitgehenden »Desinteresse an integrationstheoretischen Fragen« (Kohler-Koch/Schmidberger 1996: 160).

Mit dem Rückgang der Integrationsforschung sank auch die Aufmerksamkeit der *Scientific Community* für internationale Institutionen als Bollwerke des Friedens.⁷ Die Sicherheitslage in Westeuropa galt als stabil, obwohl starke Organisationen als Bezwingler internationaler Anarchie fehlten. Außerdem hatte sich die Politik der Nationalstaaten als widerstandsfähig erwiesen, und von den bestehenden europäischen Institutionen wurde seiner Zeit kaum mehr erwartet, dass sie die innereuropäischen Beziehungen fundamental verändern würden.

3. *Die Ernüchterung: Institutionen folgen Frieden*

Auch wenn die kühnen Hoffnungen der Funktionalisten und Neo-Funktionalisten (zunächst) unerfüllt blieben, sollten ihre Arbeiten die IB nachhaltig verändern. Sie machten sichtbar, dass die Handlungszusammenhänge zwischen Staaten nicht von der Außen- und Sicherheitspolitik dominiert werden, sondern dass es im internationalen System eine Vielzahl von Politikfeldern gibt, die jeweils ein Eigenleben führen und aufeinander einwirken. Kaum ein Fachressort, das in den Siebzigerjahren nicht eine Abteilung für internationale Angelegenheiten eingerichtet hätte. Und keine Rede davon, dass beispielsweise globale Handelsströme, grenzüberschreitende Finanztransaktionen oder die Einhaltung internationaler Umweltschutzabkommen mit Waffengewalt gesteuert werden könnten. Selbst Außenpolitiker wie Henry Kissinger, die eindeutig dem Realismus nahe standen, mussten Anfang der Siebzigerjahre einräu-

7 Davon unbeeinflusst waren realistische Arbeiten zu Allianzen, die allerdings weniger als eigenständige Sicherheitsinstitutionen und mehr als unmittelbarer Ausdruck internationaler Machtverhältnisse verstanden wurden.

men, dass militärische Macht allein keinen Erfolg in Konflikten zwischen Staaten garantiert:

»Military muscle does not guarantee political influence. Economic giants can be militarily weak, and military strength may not be able to obscure economic weakness. Countries can exert political influence even when they have neither military nor economic strength« (Kissinger, zit. n. Waltz 1979: 130).

Mit dem Bewusstsein von der Notwendigkeit einer analytischen *Desaggregation* der internationalen Politik wuchs in den Internationalen Beziehungen die Sensibilität für die Chancen und Risiken zwischenstaatlicher Kooperation. Wenn militärische Macht als Steuerungsinstrument nicht all-tauglich ist, dann haben Regierungen starke Anreize, alternative Verfahren zur Konfliktbearbeitung und Handlungskoordination zu entwickeln. Und genau diese alternativen Formen der Konfliktbearbeitung und Handlungskoordination wurden in zahlreichen Problemfeldern der Weltpolitik entdeckt. Denken wir nur an das *General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)*, an den internationalen Währungsfonds, an die grenzüberschreitende Organisation der Nahrungsmittelhilfe, an die Verregelung des Luftraums, an die Bekämpfung des Ozonlochs oder auch an den konzertierten Versuch, die Überfischung der Weltmeere zu verhindern. Mit der Identifizierung solcher politikfeldspezifischer Regelungswerke setzte in den Internationalen Beziehungen ein veritabler intellektueller Boom ein. Fast genauso jäh, wie die Integrationsforschung verstummte, entwickelte sich die sogenannte Regimeforschung (vgl. Efinger et al. 1988; Kohler-Koch 1989; Müller 1993a; Rittberger 1993).

Auffällig an der frühen Regime-Forschung war ihre Konzentration auf Institutionen jenseits der Sicherheitspolitik. Staaten kooperieren demnach vor allem in *Low-Politics*-Bereichen wie Wirtschaft und Umwelt. Sie tun dies, weil ihnen die Zusammenarbeit in jedem Einzelfall nützt, weil sie in der Lage sind, internationale Institutionen zur Überwachung der Kooperation aufzubauen, und weil sie ausschließlich auf ihre eigenen Vorteile fixiert sind. Staaten können sich eine derartige Selbstbezogenheit leisten, weil sie wegen der Enthierarchisierung der internationalen Politik nicht fürchten müssen, dass die Verteilung der Kooperationsgewinne oder auch -verluste ihre Sicherheit berühren könnte.⁸ Zwar vollziehen sich auch die *Low Politics* unter anarchischen Bedingungen, aber diese Anarchie gilt im Vergleich zur Anarchie in der Sicherheitspolitik als weniger kooperationsfeindlich. So bestreitet niemand, dass ein Vertrauensbruch beispielsweise im Außenhandel oder Klimaschutz schwerwiegend sein kann. Gleichwohl würde dadurch nicht die Verteidigungsfähigkeit einer Nation gefährdet werden. Im schlimmsten Fall bricht die Kooperation zusammen, und die Staaten kehren zu jenem Status quo ante zurück, den sie mithilfe gemeinsamer Regeln eigentlich dauerhaft verlassen wollten.

8 Solange eine Ungleichverteilung der Gewinne keine Sicherheitsrisiken nach sich zieht, ist sie für die beteiligten Staaten zwar unerfreulich, aber nicht prinzipiell gefährlich. Wichtig für die erfolgreiche Zusammenarbeit ist aus dieser Perspektive allein, dass jeder Kooperationspartner von den Absprachen profitiert. In welchem Maße dies der Fall sein wird, hängt von politikfeldspezifischem Verhandlungsgeschick und der Durchsetzungsfähigkeit ab.

In der Sicherheitspolitik scheinen demgegenüber andere Gesetze zu herrschen, und nur zögerlich beginnt sich die Regimeforschung diesem schwierigen Politikfeld ab Mitte der Achtzigerjahre zu nähern (vgl. Axelrod/Keohane 1985; Jervis 1983; Lipson 1985). Vorsichtig wird nun argumentiert, dass auch hier regelgeleitete Kooperation im gemeinsamen Interesse beispielsweise zur Bearbeitung des Sicherheitsdilemmas und zur Vermeidung von Rüstungswettläufen möglich sein müsse. Um diese Vermutung zu untermauern, werden in der Folgezeit eine Reihe von Untersuchungen zur Sicherheitskooperation in den internationalen Beziehungen vorgelegt: Joseph Nye (1987) und Michael Brzoska (1991) identifizieren ein internationales Regime zur strategischen Rüstungskontrolle, Harald Müller (1989, 1993a: 133-155) untersucht die Zusammenarbeit von Staaten im Bereich der Nicht-Weiterverbreitung von Atomwaffen (NPT) und in der Raketenabwehr (ABM), John Duffield (1992; 1994) analysiert die NATO als ein internationales Regime, und Frank Schimmelfennig (1994a) arbeitet an den Beispielen der Verringerung strategischer Atomwaffen zwischen den USA und der Sowjetunion (START), dem Vertrag zu konventionellen Streitkräften in Europa (CFE), den vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen zwischen Ost und West (CSBM) und dem NPT die Bedeutung internationaler Sicherheitsregime für den vergleichsweise friedlichen Wandel in Osteuropa heraus.

Auch von Volker Rittberger und seiner ForscherInnengruppe werden Mitte der Achtzigerjahre die analytischen Fühler der Regime-Forschung in bis dahin gemiedenes Gebiet ausgestreckt (vgl. Efinger et al. 1988; Rittberger 1993; Rittberger/Zürn 1990). Ausgangspunkt ist die Beobachtung, dass die bisherigen Untersuchungen stark auf West-West-Regime konzentriert waren und Ost-West-Regime vernachlässigt wurden. Dadurch entstehe der irreführende Eindruck, als ob internationale Regime nur in befriedetem Umfeld entstehen und wirken könnten. Dass internationale Regime möglicherweise gewaltfreie Beziehungen zwischen ihren Mitgliedsstaaten aktiv befördern und nicht nur dem Frieden folgen, geriete wegen der einseitigen Fallauswahl aus dem Blick. Darüber hinaus wird in Tübingen kritisiert, dass die Forschung in der Regel nur explizite Sicherheitsregime untersuche, wenn sie nach der zivilisierenden Wirkung internationaler Institutionen frage. Aufgrund dieser eingeeengten Perspektive, aus der heraus man gar nicht anders könne, als den geringeren Verregelungsgrad der internationalen Sicherheitspolitik zu beklagen, werde aber übersehen, dass Regime in den Sachbereichen Wohlfahrt und Umwelt friedensrelevante (*Spill-over*-)Effekte haben (Efinger et al. 1990: 276; Rittberger 1993: 18-21). Demnach müssten internationale Regime generell als Formen des verregelten Konfliktaustrags in der internationalen Politik verstanden werden. Sie erscheinen als Knotenpunkte eines Friedensnetzes, das erst lose, dann aber immer enger geknüpft werden würde. Die Staaten bleiben auch aus Tübinger Sicht souverän, aber ihr Wille zum Einsatz von Gewalt in internationalen Konflikten nimmt mit der Verregelung ihrer Beziehungen kontinuierlich ab.⁹

9 In den frühen Neunzigerjahren entstanden mehrere empirische Studien, durch die Vermutungen der Tübinger Schule empirisch überprüft und weiterentwickelt wurden. Analysiert wurden unter anderem die Verregelung der Verschmutzung der Ostsee und Nordsee (List 1991), Verifikationsregime im Rahmen von sicherheits- und vertrauensbildenden Maß-

Trotz der vorgelegten Studien stößt die These von Frieden und Sicherheit durch internationale Institutionen in der *Scientific Community* auf Skepsis. Nicht nur für Realisten wie John Mearsheimer sind alle derartigen Hoffnungen vollkommen verfehlt: »My central conclusion is that institutions have minimal influence on state behavior and thus hold little promise for promoting stability in the Post-Cold-War world« (Mearsheimer 1994/95: 7). Auch liberale Autoren zeigen sich kritisch. So hält Nils Petter Gleditsch (1995: 561) die zivilisierende Kraft der EU-Institutionen für redundant. Entscheidend sei die demokratische Verfasstheit ihrer Mitglieder. Nach Andrew Moravcsik gibt es kaum Evidenz »to support a strong link between international institutions and peace« (Moravcsik 1996: 129). Und für Reinhard Wolf (2001: 69-71) sind internationale Institutionen im Kontext der Sicherheitskooperation nur ein Randphänomen. Was den Frieden zwischen Staaten befördere, sei die Harmonie ihrer Interessen und kein wie auch immer geartetes Regelwerk.

Ähnliche Stimmen sind aus der quantitativen Kriegsursachenforschung zu vernehmen. Daniel Geller und David Singer schreiben in ihrem Standardwerk »Nations at War«: »The data-based findings on the efficacy of peaceful international norms and the establishment of IGOs as means of reducing system-level violence are not encouraging« (Geller/Singer 1998: 136). Vielmehr sei zu beobachten, dass die Gewaltanfälligkeit des internationalen Systems trotz zunehmender Verregelungsdichte nicht abgenommen habe. Nach wie vor folgten die Institutionalisierungsschübe regelmäßig katastrophalen Kriegen und hätten solche Kriege bislang nie verhindert. Louis Kriesberg stellt fest: »It is likely that the level of integration at the international level, indicated by the network of international organizations, is simply not great enough to markedly impact on the likelihood of wars in the system as a whole« (Kriesberg 1998: 143). Für Scott Bennett und Allan C. Stam schließlich sind zivilisierende Wirkungen internationaler Organisationen mit statistischen Mitteln nicht nachweisbar: »We thus find some support for realism's contention that IGOs will have little effect on the use of force« (Bennett/Stam 2000: 671).

Die Skepsis in der *Scientific Community* geht an den Protagonisten der »Frieden durch Institutionen«-These nicht spurlos vorbei. Robert Keohane und Lisa Martin (1995: 40) beispielsweise bemerken, dass aus theoretischer Perspektive nichts dagegen spreche, die Regime-Analyse friedenspolitisch nutzbar zu machen. Allerdings gebe es zugegebenermaßen noch zu wenig Evidenz. Auch Helga Haftendorn (1997: 15), John Ikenberry (1998/99: 51), Lisa Martin und Beth Simmons (1998: 738) beklagen den Mangel an einschlägig empirisch orientierten Arbeiten. Schließlich gelingt Bruce Russett, John R. Oneal und David D. Davis (1998) zwar Ende der Neunzigerjahre erstmals ein methodisch gesicherter Nachweis, dass zwischen Frieden und der Mitgliedschaft von Staaten in internationalen Organisationen eine statistisch signifikante Beziehung besteht. Oder anders formuliert: Die

nahmen (Efinger 1991), die Organisation des innerdeutschen Handels (Zürn 1997), das Berlin-Regime (Schwarzer 1990), die Bearbeitung des Saarlandkonflikts (Schwarzer 1994), die Koordinierung der zivilen Satellitennutzung oder auch die internationalen Bemühungen, die Arbeitsbedingungen von Journalisten in Ost und West zu verregeln (Mendler 1990).

Wahrscheinlichkeit, dass Institutionen und Frieden *nicht* zusammengehen, ist gering. Dieser statistische Zusammenhang wird aber nach Meinung der Autoren von der Wirkung anderer von ihnen überprüfter Friedensursachen – v.a. der demokratischen Verfassung der interagierenden Staaten, Handelsverflechtungen und Allianzmitgliedschaften – überdeckt und bleibt nur vergleichsweise schwach ausgeprägt (vgl. Oneal/Russett 1999: 34; Russett/Oneal 2001: 172, Fn. 8).

Bemerkenswert an der Untersuchung von Russett und seinen Kollegen ist in unserem Zusammenhang vor allem zweierlei: Zum einen bieten die Autoren keine Erklärung ihres Befunds an; vielmehr beklagen sie das Theoriedefizit in diesem Bereich, das es ihnen unmöglich mache, präzise Messinstrumente zu entwickeln (vgl. Russett et al. 1998: 451; Russett/Oneal 2001: 166f). Zum anderen unterscheiden sie nicht zwischen unterschiedlichen Arten von internationalen Institutionen. Vielmehr stellen sie explizit fest: »In creating our measure of shared IGO memberships we weighted all organizations equally« (Russett et al. 1998: 450; vgl. Russett/Oneal 2001: 169-171). Im Ergebnis fällt damit die Zusammensetzung der Mitgliedschaft internationaler Organisationen und Regime als Kontrollvariable aus. Es wird nicht danach gefragt, ob homolog-demokratische Institutionen – also solche Organisationen und Regime, die nur von Demokratien aufrechterhalten werden – zuverlässiger kriegerische Auseinandersetzungen zwischen ihren Mitgliedern ausschließen als homolog-undemokratische oder heterologe Institutionen, deren Mitglieder intern unterschiedlich verfasst sind. Damit reproduzieren Russett und seine Kollegen die Defizite eines strukturorientierten Forschungsprogramms zu internationalen Institutionen, das sie als liberale Autoren seit langem kritisieren. Und dies ironischerweise in einer Zeit, in der die Einbeziehung von Staatenmerkmalen in die Analyse internationaler Institutionen nicht nur vehement eingeklagt, sondern zumindest ansatzweise auch realisiert wird (Milner 2000; Zangl 1999; Zürn 1993; hierzu mehr in Kapitel 5.2.).

4. *Die neue Hoffnung: Frieden folgt der Demokratie*

Wenn sich das internationale System durch den Aufbau internationaler Institutionen nicht so ändern lässt, dass Frieden herrscht, dann sollten sich die Mitglieder des Systems ändern. Ihnen sollte jede innere Neigung zu aggressiver Außenpolitik genommen werden. Und in der Tat gibt es in den Internationalen Beziehungen eine lange Forschungstradition, deren Vertreter in der einen oder anderen Weise die These verteidigen, dass Verfassungsmerkmale außenpolitikrelevant sind und dass Demokratien eine Art wesensimmanenter Disposition zu friedlicher Außenpolitik besitzen (vgl. u.a. Czempiel 1998: 147-193; Doyle 1983). Zwar zeigen statistische Untersuchungen, dass die generelle Gewaltbereitschaft von Demokratien nicht viel geringer ist als die anderer Staaten auch. Gleichwohl führen Demokratien keine Kriege gegen ihresgleichen. Jack Levy (1988: 88) hat diese Regelmäßigkeit nachgerade in den Status eines sozialwissenschaftlichen Gesetzes erhoben, und andere sind ihm in dieser Einschätzung gefolgt (Russett 1990: 123; Gleditsch 1995: 297). Mittlerweile sind die Erkenntnis vom demokratischen (Separat-)Frieden und ihre praktischen Implikatio-

nen auch in der Politik angekommen: Wenn Demokratien keine Kriege gegeneinander führen und auch sonst nur in sehr mäßigem Umfang ihren Artgenossen Gewalt androhen oder zufügen, dann sollte aus friedenspolitischen Erwägungen heraus alles getan werden, um Demokratisierungsprozesse in der Welt zu unterstützen. Viel zitiert ist in diesem Zusammenhang eine programmatische Äußerung des amerikanischen Präsidenten Bill Clinton aus dem Jahre 1993: Es sei ein strategisches Interesse der USA, die Gemeinschaft demokratischer Staaten in der Welt zu vergrößern, denn »democracies rarely wage war on one another« (zit. in Gowa 1999: 3).

Der Befund des interdemokratischen Friedens hat die liberale Forschung elektrisiert.¹⁰ Ganze Kohorten von Sozialwissenschaftlern machten sich daran, eine Erklärung für diese Gesetzmäßigkeit zu finden. Zur Debatte stehen gegenwärtig drei Erklärungsmuster, von denen allerdings keines ohne Schwächen ist (vgl. die ausführlichen Überblicke bei Chan 1997; Geis 2001; Russett/Starr 2000).¹¹

(1) *Homologie politischer Institutionen*. In einem ersten Versuch wird argumentiert, dass zwischen Demokratien durch die Homologie ihrer politischen Institutionen das Sicherheitsdilemma ausgeschaltet wird (Fendius Elman 1997: 2; Risse-Kappen 1995b: 496-498; Russett 1993: 38-40). Demnach sind demokratische Entscheidungsverfahren schwerfällig und der Konsensbedarf bei außenpolitischer Gewaltanwendung hoch. Dies führt dazu, dass die Gefahr von Überraschungsangriffen durch andere Demokratien gering ist. Gegen eine derart beruhigende Wirkung demokratischer Institutionen spricht die Mobilisierungs- und Eskalationsfähigkeit, die Demokratien in Konflikten mit Autokratien zeigen (Bueno de Mesquita et al. 1999: 791-793; Kahl/Teusch 1999: 243; Nielebock 1993: 187). Das Vertrauen in die militärische Zurückhaltung von Demokratien lässt sich deshalb in interdemokrati-

10 Innerhalb des liberalen Forschungszusammenhangs sind monadische und dyadische Ansätze zu unterscheiden (Kahl/Teusch 1999; Nielebock 1993). Monadische Ansätze gehen von der Annahme aus, dass Demokratien quasi von Natur aus zu einer friedlichen Außenpolitik neigen. Dyadische Ansätze argumentieren, dass Demokratien nur in Konflikten mit ihresgleichen zuverlässig und dauerhaft auf kriegerische Gewalt verzichten. Bis Mitte der Neunzigerjahre führten monadische Ansätze in der Wissenschaft ein Schattendasein. Dies änderte sich graduell, als neuere Untersuchungen erhebliche Zweifel an der unterschiedslosen Gewaltneigung von Demokratien und Nicht-Demokratien weckten (Benoit 1996; Gleditsch/Hegre 1997; Ray 2000; Russett/Oneal 2001). Im Folgenden konzentriere ich mich gleichwohl auf dyadische Ansätze, denn nach wie vor bleibt erklärungsbedürftig, warum selbst defizitäre Demokratien untereinander den Frieden wahren und gegenüber Staaten mit anderen Herrschaftssystemen immer wieder zu kriegerischen Mitteln greifen.

11 Die theoretische Debatte um den demokratischen Frieden wird mittlerweile von den VertreterInnen dyadischer Ansätze sehr differenziert geführt. Genügte ursprünglich die grobe Unterscheidung von normativ-kulturellen und institutionell-strukturellen Modellen (vgl. Nielebock 1993; Russett 1993), so fügten Bueno de Mesquita und seine Kollegen (1992, 1999) bald ein elitenorientiertes *Rational-Choice*-Modell hinzu. Schultz (1999) greift auf prozessorientierte Theoreme aus der Verhandlungstheorie zurück. Lake (1992) nähert sich dem demokratischen Frieden aus der Perspektive der politischen Ökonomie. Schließlich führt Geis (2001) in ihrem Überblicksartikel die Kategorie der genuin konstruktivistischen Erklärungsmodelle ein. Da die Debatte um die metatheoretische Klassifizierung dyadischer Modelle aus dem Ruder zu laufen droht, schlage ich im Folgenden die Konzentration auf drei Kernargumente vor, die die Forschung nach meiner Einschätzung dominieren (vgl. auch Leeds/Davis 1999: 6-9).

schen Konflikten kaum mit Verweis auf schwerfällige Entscheidungsmechanismen und mühsame Koalitionsverhandlungen allein begründen.

(2) *Homologie politischer Kultur.* Eine zweite Gruppe von Autoren führt den demokratischen Separatfrieden auf die Homologie politischer Kulturen zurück. Demnach ist Politik in Demokratien durch eine besondere Wertschätzung friedlicher Konfliktbearbeitung und durch die grundsätzliche Hochachtung vor dem menschlichen Leben geprägt (Dixon 1994: 14; Maoz/Russett 1993: 625). Gemäß der Innen-Außen-Analogie tendieren Demokratien dazu, Innen- und Außenpolitik nach übereinstimmenden Grundsätzen zu gestalten. Diese grundlegende Tendenz wird allerdings in Beziehungen zu Nicht-Demokratien durch die Sorge außer Kraft gesetzt, dass Kompromiss-Orientierung und Friedfertigkeit als Schwäche interpretiert werden könnten (Russett 1993: 32; Rousseau et al. 1996: 521). Um sich vor Ausbeutung zu schützen, lassen Demokratien ihren Werten deshalb nur im Umgang mit ihresgleichen freien Lauf. In der Auseinandersetzung mit der übrigen Staatenwelt richten sie ihr Verhalten an den Grundsätzen klassischer Realpolitik aus.¹² Für eine kohärente Erklärung des demokratischen Friedens reicht es freilich nicht aus, auf eine Kultur der Kompromissbereitschaft und der Gewaltlosigkeit zu verweisen, da genau diese Kultur im Umgang großer Demokratien mit schwachen Staaten in Afrika, Asien oder Lateinamerika oftmals nicht wirksam ist (Debiel 1995: 75). Gleichfalls wenig überzeugend ist es, demokratische Rücksichtslosigkeit mit Ausbeutungssorgen durch Autokratien zu begründen. Dies mag im Umgang mit mächtigen Autokratien zwar stimmen, aber nicht gegenüber Ländern der Dritten Welt.

(3) *Demokratischer Friede als Abschreckungsfriede.* Bueno de Mesquita und seine Kollegen (1999) stellen fest, dass bei gewählten Regierungen militärische Niederlagen besonders oft den Amtsverlust nach sich ziehen. Dies hat ihrer Ansicht nach zur Folge, dass Demokratien militärische Auseinandersetzungen mit geringen Erfolgsaussichten soweit als möglich meiden und in unvermeidlichen oder gewollten Kriegen mit äußerster Härte und Entschlossenheit vorgehen. Im Ergebnis gewinnen sie ihre Auseinandersetzungen tatsächlich überdurchschnittlich oft. Dadurch werden sie in der internationalen Politik zu gefürchteten Gegnern, was wiederum Rückwirkungen auf den Umgang von Demokratien untereinander hat. Zwischen Demokratien entwickelt sich ein stabiler Abschreckungsfriede. Im Verständnis von Bueno de Mesquita und seinen Kollegen (1999) fordern Staaten dieses Typs, die über vergleichbare Machtpotenziale verfügen, einander nicht militärisch heraus, weil ihnen dies zu riskant ist. Gleichzeitig suchen kleinere Demokratien in Konflikten mit größeren nach Verhandlungslösungen und geben im Zweifelsfall nach.

12 Um der Vollständigkeit willen sei erwähnt, dass Russett (1993) und Owen (1994) die Kausalmechanismen dyadischer Ansätze um einen Perzeptionsvorbehalt ergänzt haben. Demnach erstreckt sich der demokratische Frieden nur auf solche Staaten, die sich wechselseitig und zweifelsfrei als gefestigte Demokratien wahrnehmen. Das Perzeptionsargument hat freilich seine eigenen Tücken. Es stellt sich nämlich die Frage, ob es spezifische Bedingungen gibt, unter denen sich Demokratien als Demokratien wahrnehmen, oder ob diese Wahrnehmungen letztlich beliebig sind. Dann nämlich würde vom demokratischen Frieden nicht viel übrig bleiben.

Auch das Argument von Bueno de Mesquita und seinen Kollegen kann nicht überzeugen. Eine besondere Furcht kleiner Demokratien vor großen und eine entsprechende Zurückhaltung in politischen Konflikten lassen sich empirisch nicht feststellen. Vielmehr ist immer wieder zu beobachten, dass vergleichsweise mächtige Demokratien in militarisierten Konflikten mit kleinen Demokratien – wie Großbritannien in seinem Fischereikonflikt mit Island – nachgegeben haben, ohne dass sie ihre militärische Überlegenheit auch nur ansatzweise ausgespielt hätten (Hellmann/Herboth 2001; Russett/Starr 2000: 108). Und selbst die Supermacht USA hat in der NATO immer wieder Rücksicht auf die legitimen Interessen ihrer Bündnispartner genommen, ohne dass diese über ein überzeugendes Drohpotenzial verfügt hätten (Risse-Kappen 1995a).

Der theoretische Durchbruch im Horizont dyadischer Modelle blieb bislang anerkanntermaßen aus (vgl. Geis 2001; Kahl/Teusch 1999; Russett/Starr 2000). In einem innovativen Artikel schlägt Risse-Kappen (1995b) deshalb vor, stärker als bisher die Interaktionsebene in die Analyse des demokratischen Friedens mit einzu beziehen. Denn wie erwähnt spricht einiges dafür, dass sich Demokratien anders verhalten, wenn sie Demokratien begegnen. Aber diese Unterschiede im Verhalten müssen nicht ausschließlich auf Akteursmerkmale zurückgeführt werden, sondern können auch etwas mit der Art ihrer Beziehungen zu tun haben. Hier stellt Risse-Kappen (1995b: 504-508) die These auf, dass Demokratien deshalb freundschaftlich miteinander umgehen, weil sie aufgrund institutioneller Ähnlichkeiten eine *In-Group* bilden, die sich von einer *Out-Group*, nämlich der nicht-demokratischen Umwelt, abgrenze.¹³

Mit der Gruppenbildung geht nach Risse-Kappen (1995b) zwangsläufig eine Freund-Feind-Unterscheidung einher, die wiederum zur Folge hat, dass Konflikte innerhalb der Gruppe als unproblematisch eingeschätzt werden, während Konflikte mit der Außenwelt als riskant gelten. Diese unterschiedliche Wahrnehmung von Konflikten je nach Ähnlichkeit oder Unähnlichkeit der Parteien entwickelt für die interdemokratischen Beziehungen eine selbstverstärkende Eigendynamik. Wesensverwandtschaft erzeugt Vertrauen und erleichtert die Zusammenarbeit. Fremdheit erzeugt Misstrauen und erschwert die Zusammenarbeit. Die Beziehungen zwischen *peers* erscheinen als vergleichsweise stabil und nützlich, während die Kontakte zur Außenwelt als unzuverlässig und wenig erfreulich wahrgenommen werden. Im Ergebnis bilden sich Blöcke heraus, die nach innen durch Verständnis und Solidarität gekennzeichnet sind und nach außen auf Unabhängigkeit und Distanz achten. Die Blockmitglieder entwickeln ein gemeinsames Interesse am Erhalt ihrer Gruppe und sind bereit, Ressourcen zu ihrer Verteidigung zu mobilisieren.

Aber auch die Erklärung des demokratischen Friedens durch *In-Group-Out-Group*-Interaktionen hat Schwachpunkte: So ist beispielsweise die Vermutung, dass Ähnlichkeiten zwischen Staaten gruppenbildend wirken, theoretisch unterentwickelt. Sie beschreibt den demokratischen Frieden mehr, als dass sie ihn erklärt. Es bleibt unersichtlich, warum gerade politisch-institutionelle Übereinstimmungen und

13 Ähnlich argumentieren auch Hermann/Kegley (1995) und Kahl (1998/99).

nicht etwa religiöse oder kulturelle Gemeinsamkeiten Staaten zusammenführen, wie Huntington (1996) und Tibi (1995) vermuten. Außerdem hat die Forschung zu Bürgerkriegen gezeigt, dass Ähnlichkeiten gleich welcher Art oftmals eben nicht ausreichen, um Vertrauen und Solidarität zwischen Gruppen zu erzeugen (vgl. Brown 1997; Nye 1995). Schließlich ist die Vermutung, dass Demokratien auf internationaler Ebene eine kollektive und handlungsleitende Identität bilden, empirisch nur schwach belegt. Generell hat sich die *In-Group-Out-Group*-Hypothese bislang lediglich im Kontext von Kleingruppen bewährt (Levy 1989: 262; Leeds/Davis 1997: 816f). Schon die Übertragung auf die Ebene des Nationalstaates beispielsweise im Rahmen der »Ablenkungsthese« konnte keine konsistenten Ergebnisse produzieren (vgl. Hasenclever 2001: 95-101; Heldt 1997).

Selbst wenn die *In-Group-Out-Group*-Hypothese (noch) mehr Fragen aufwirft als Antworten anbietet, so bleibt es ein unbestreitbares Verdienst ihrer Protagonisten, die liberale Forschung für die Interaktionsebene geöffnet zu haben. Der Frieden zwischen Demokratien hängt wahrscheinlich nicht allein von der wechselseitigen Wahrnehmung als Demokratien ab, sondern auch davon, wie die Beziehungen zwischen Demokratien organisiert sind. Und ganz unabhängig davon, ob sich Demokratien nun als *In-Group* wahrnehmen oder nicht, fällt auf, dass es nirgendwo sonst in der Weltpolitik ein vergleichbar dichtes Netz an Organisationen und Regimen gibt wie in demokratischen Friedenszonen (Rittberger 1987: 9f; Russett 1993: 29; Shanks et al. 1996: 608-612). Wobei es auch hier noch einmal zu differenzieren gilt zwischen den extrem hoch verregelten Beziehungen in und zwischen Westeuropa und Nordamerika auf der einen Seite und den übrigen interdemokratischen Beziehungen auf der anderen Seite.

5. *Die Synthese: Demokratie, Institutionen und Frieden*

Bislang stehen die Ansätze zum demokratischen Frieden und die Forschung zu internationalen Institutionen unverbunden nebeneinander.¹⁴ Während in der *Com-*

14 Eine Ausnahme sind die Studien von Thomas Risse (Risse-Kappen 1995b; 1996). Er sieht durchaus, dass Demokratien ungewöhnlich kooperationsfähig sind und dass die demokratische Friedenszone durch ein dichtes Netz internationaler Institutionen befestigt wird. Allerdings führt er die hohe Verregeldichte darauf zurück, dass zwischen Demokratien *als* Demokratien kein Sicherheitsdilemma besteht: »Since the security dilemma is almost absent among democracies, they face fewer obstacles to creating cooperative security institutions« (Risse-Kappen 1996: 367f). Damit folgen auch bei Risse internationale Institutionen dem Frieden und nicht umgekehrt: »Because they perceive each other as peaceful and express a sense of community, they are likely to overcome obstacles against international cooperation and form international institutions such as alliances« (Risse-Kappen 1996: 371). Wenn wir allerdings die Argumentation von Risse ernst nehmen, dann brauchen Demokratien untereinander keine Sicherheitsorganisationen. Sie sind allenfalls nützlich, um das »Allianz-Dilemma« (Glenn Snyder), also die sozialen Fallen der gemeinsamen Verteidigung gegen einen externen Feind, zu überwinden. Auf die Verhältnisse in Europa nach dem Ende des Kalten Kriegs übertragen würde dies bedeuten, dass beispielsweise die Sicherheitsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland von der NATO unabhängig wären, eben weil zwei Demokratien keine Kriege gegeneinander führen.

munity wenig strittig ist, dass Demokratien (so gut wie) keine Kriege gegeneinander führen, fehlt eine überzeugende Erklärung dieses Befunds.¹⁵ Bemerkenswert bleibt freilich, dass mit Risses Überlegungen die liberale Fokussierung auf subsystemische Variablen und deren Kombination zugunsten einer stärkeren Berücksichtigung systemischer Variablen aufgegeben wurden. Die Einsicht wächst, dass sich der demokratische Frieden nur begreifen lässt, wenn die interdemokratischen Beziehungen in die Analyse mit einbezogen werden. Im Unterschied zu liberalen Arbeiten verfügen Ansätze zur Zivilisierung der internationalen Politik durch Institutionen über gute Gründe für den von ihnen postulierten Zusammenhang von Verregelungsdichte und Gewaltanfälligkeit zwischenstaatlicher Beziehungen: Internationale Institutionen entschärfen das Sicherheitsdilemma und bieten eine Alternative zur gewaltsamen Konfliktbearbeitung. Herrschende Meinung ist jedoch, dass die empirische Evidenz für diese theoretisch ausgewiesene Abhängigkeit ungenügend ist. Wie gesehen unterscheiden die einschlägigen Studien allerdings bislang nicht zwischen institutionen inner- und außerhalb demokratischer Zonen, sondern behandeln alle internationalen Regelwerke als gleichwertig in ihren möglichen zivilisierenden Wirkungen. Genau in einer solchen Unterscheidung liegt nach meiner Überzeugung aber ungenutztes analytisches Potenzial zur Erklärung des demokratischen Friedens.

Im Folgenden soll deshalb nach Plausibilität für die doppelte Vermutung gesucht werden, dass der demokratische Frieden maßgeblich ein Werk interdemokratischer Institutionen ist, und gleichzeitig Demokratien in besonderer Weise befähigt sind, eben solche gewaltverhindernden Institutionen aufzubauen und zu unterstützen. Technisch gesprochen erscheinen die Institutionen demokratischer Zonen damit als intervenierende Variable. In der Kausalkette stehen sie zwischen den Demokratien und der außerordentlich geringen Gewaltanfälligkeit ihrer Beziehungen. Auf diese Weise kann zum einen argumentiert werden, dass sich die internationalen Institutionen der demokratischen Zone im Hinblick auf ihre Dichte, ihre Effektivität und ihre Formmerkmale von allen übrigen Weltregionen unterscheiden. Zum anderen bleibt es aber möglich, diesen Unterschied auf subsystemische Merkmale zurückzuführen, nämlich auf die besondere Kooperationswilligkeit und -fähigkeit von Demokratien im Vergleich zu Staaten mit anderen Herrschaftssystemen.

Schaubild 1: Interdemokratische Institutionen als intervenierende Variable



15 Strittig sind vor allem der Amerikanisch-Spanische Krieg, der Eintritt Finnlands in den Zweiten Weltkrieg auf Seiten Nazi-Deutschlands und der erste Israelisch-Libanesischer Krieg. Vgl. zur Klassifikationsdebatte Gleditsch/Hegre (1997) und Russett (1993: 16-23).

In Schaubild 1 wird die Kernthese des Aufsatzes graphisch dargestellt: Demokratien richten interdemokratische Institutionen ein, mit deren Hilfe sie Kriege in ihren Beziehungen vermeiden und das Risiko militärischer Auseinandersetzungen unterhalb der Kriegsschwelle verringern. Diese analytische Verortung interdemokratischer Institutionen als intervenierende Variable thematisiert freilich nur einen Ausschnitt des komplexen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen interner Verfasstheit von Staaten, internationalen Institutionen und dem Zustand ihrer Beziehungen. So wird in der Literatur mit guten Gründen vermutet, dass beispielsweise die EU und die NATO sozialisierende Wirkungen auf Mitgliedsandidaten ausüben (vgl. u.a. Kreile 2002: 807f; Schimmelfennig 1994b, 1999: 216-226, 2001: 59f). Indem sie Demokratisierungsprozesse in den Ländern des ehemaligen Ostblocks unterstützen, tragen sie langfristig zur Ausdehnung der Friedenszone bei. So verstanden geht von zwischenstaatlichen Organisationen und Regimen eine Wirkung auf die innenpolitische Verfasstheit der zukünftigen Mitglieder aus, und in der Analyse würden interdemokratische Institutionen als unabhängige und Demokratie als abhängige Variablen konzeptualisiert werden. Da allerdings im Folgenden kein Beitrag zur Ausdehnung des demokratischen Friedens, sondern zu seiner Erklärung geleistet werden soll, wird dieser Zusammenhang nicht weiter verfolgt. Unberücksichtigt bleibt auch die Vermutung, dass Frieden in einer Region sowohl der nachhaltigen Demokratisierung ihrer Staaten als auch der Einrichtung effektiver internationaler Institutionen vorausgeht (vgl. u.a. Czempiel 1998: 170-174; Gates et al. 1996: 5; Geller/Singer 1998: 135f). Das Problem der systemischen Voraussetzungen nationaler Demokratisierung und internationaler Verregelung ist nach wie vor ungelöst. Es berührt aber nicht das Grundphänomen des demokratischen Friedens, nämlich die anhaltende Kriegsfreiheit und Gewaltarmut zwischen Demokratien trotz erheblicher Umbrüche im internationalen System (vgl. u.a. Russett/Oneal 2001: 199f; Thompson 1996: 171).¹⁶

Die These von der zivilisierenden Kraft interdemokratischer Institutionen zu formulieren ist eine Sache. Eine ganz andere ist ihre Plausibilisierung. Dies hängt damit zusammen, dass der demokratische Frieden ein überdeterminiertes Phänomen ist (Gleditsch 1995: 554; Russett/Oneal 2001: 53). Deshalb dürfte es wenig nutzen,

16 Anzumerken bleibt noch, dass der Aufbau interdemokratischer Institutionen keine notwendige Bedingung des demokratischen Friedens ist. Wie Ole Wæver (1998: 72-74) beobachtet, gibt es interdemokratische Beziehungen, die vergleichsweise unverregelt sind und doch keine Kriege kennen. Dies gilt auch, wenn die Analyse auf »politisch relevante Dyaden« (Oneal/Russett 2001: 102) beschränkt wird, also auf solche Staatenpaare, deren Mitglieder sich entweder in geographischer Nachbarschaft befinden, oder aber in denen mindestens ein Land eine Großmacht ist. Denn wir wissen, dass zum Beispiel die skandinavischen Länder seit langem eine pluralistische Sicherheitsgemeinschaft bilden, obwohl ihre Beziehungen nur in geringem Umfang formal verregelt sind. Dies führt zu der Vermutung, dass internationale Institutionen zwischen Demokratien nur dort eingerichtet werden, wo sie gebraucht werden. Oder anders formuliert: Beziehungen zwischen Demokratien müssen institutionenbedürftig sein, damit Regierungen sich auf zeit- und kostenintensive Verregelungsprozesse einlassen. Wenn sich aber Demokratien auf einen solchen Prozess einlassen, dann sollten die eingerichteten Organisationen und Regime auch als intervenierende Variablen im hier verstandenen Sinne funktionieren: Sie sollten das Kriegsrisiko zwischen Demokratien nachvollziehbar verringern.

mit statistischen Mitteln den Zusammenhang zwischen dem Organisationsgrad einzelner Segmente der internationalen Politik und deren Kriegsanfälligkeit zu untersuchen. Wir wissen, dass demokratische Zonen und hier vor allem die westeuropäischen und transatlantischen Beziehungen im Vergleich zur übrigen Staatenwelt außerordentlich stark verregelt sind, und wir wissen außerdem, dass in den demokratischen Zonen der Weltpolitik keine Kriege geführt werden. Es ist deshalb zu erwarten, dass die Korrelation zwischen den beiden Variablen statistisch signifikant, aber theoretisch unergiebig sein wird.

Zentral wird deshalb die Identifikation von Kausalmechanismen sein, die erklären können, warum interdemokratische Institutionen in besonderer Weise geeignet sind, militärische Gewalt zwischen ihren Mitgliedern weitestgehend auszuschließen. Damit ließen sich dann Beobachtungspunkte benennen, an denen diese zivilisierende Kraft erkennbar sein müsste. Hierzu möchte ich im Folgenden auf die Ergebnisse der Kriegsursachenforschung zurückgreifen. Herrschende Meinung in der Kriegsursachenforschung ist – trotz all ihrer anerkannten Schwächen und Defizite –, dass Kriege am Ende mehrstufiger Eskalationsprozesse stehen, und dass wir die Dynamik dieser Eskalationsprozesse verstehen müssen, wenn wir den Ausbruch von bewaffneten Massenkriegen erklären wollen (Gochmann/Leng 1983; Leng 1993, 2000; Vasquez 1993, 2000a).

In diesem Zusammenhang ist es gelungen, zwischen Eskalationsprozessen mit kriegerischem Ausgang eine gewisse Familienähnlichkeit im Wittgensteinschen Sinne herauszuarbeiten: Die meisten Eskalationsprozesse haben in der einen oder anderen Form das eine oder andere Merkmal gemeinsam. Das soll nicht heißen, dass die Entstehung von Kriegen immer zuverlässig identifizierbaren Pfaden folgt. Aber es gibt Konfliktgegenstände, Konfliktstrategien und Interaktionsmuster, die in der Wissenschaft als besonders gefährlich eingestuft werden, weil sie außergewöhnlich oft dem Ausbruch organisierter Gewalt zwischen Staaten vorausgehen. Diese Einsichten können genutzt werden, um die Leistungen interdemokratischer Institutionen bei der Verregelung gefährlicher Konfliktgegenstände (5.1.), bei der Entwertung gefährlicher Strategien (5.2.) und bei der Vermeidung gefährlicher Konfliktinteraktionen (5.3.) zu analysieren. Kernargument wird sein, dass interdemokratische Institutionen in besonderer Weise geeignet sind, die Stabilität von Sicherheitsbeziehungen zu erhöhen, die Kooperation zwischen ihren Mitgliedern zu fördern und die Autonomie von Politikfeldern zu steigern. Dadurch blockieren sie »Wege in die Gefahr«, die von der Kriegsursachenforschung ausgewiesen wurden, und deren Beschreitung unverhältnismäßig oft in bewaffnete Auseinandersetzungen führt. In den nächsten Abschnitten wird es also nicht darum gehen, vollkommen neue Einsichten zu präsentieren, als vielmehr darum, vorliegende Erkenntnisse neu und für das Rätsel des demokratischen Friedens produktiv zu nutzen.

5.1. Interdemokratische Institutionen und die Bearbeitung gefährlicher Konflikte

Ein Blick in die Kriegsstatistik zeigt, dass nicht alle *Konfliktgegenstände* in der internationalen Politik gleichermaßen gewaltanfällig sind. Vielmehr gibt es Streitigkeiten, die normalerweise nicht zu Kriegen eskalieren (Brecher/Wilkenfeld 2000; Holsti 1991). Dazu zählen beispielsweise Handels- und Ressourcenkonflikte, solange die strittigen Güter für die beteiligten Akteure keine strategische Bedeutung haben. Umgekehrt legen Studien nahe, dass Territorialkonflikte unverhältnismäßig oft Kriege nach sich ziehen (Hensel 2000; Vasquez 1993, 2000a).¹⁷ Wie Vasquez (2000a: 386) mit Blick auf die *MID*-Daten des *Correlates-of-War*-Projekts feststellt:

»The base of overall probability of war in this sample is 0,058. Territorial disputes are the only ones that have a significantly higher probability of going to war (0,091) than the overall probability of war, with 53 wars occurring where only 33,8 are expected by chance« (Vasquez 2000a: 386).

Noch fehlen systematische Untersuchungen zur Verregelung von Territorialkonflikten inner- und außerhalb demokratischer Zonen.¹⁸ Bekannt ist nur, dass die Demokratien Europas und Nordamerikas seit den Sechzigerjahren außerordentlich selten um Gebiete und Grenzen streiten (McLaughlin/Prins 1999: 174). Wenn sie es gleichwohl tun wie Großbritannien und Spanien um Gibraltar oder Deutschland und Polen um die endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie Anfang der Neunzigerjahre, dann unter Berücksichtigung des völkerrechtlichen Verbots gewaltsamer Grenzveränderungen. Im Unterschied zu den Demokratien Europas und Nordamerikas sind beispielsweise die Demokratien in Lateinamerika deutlich öfter in territoriale Auseinandersetzungen mit ihresgleichen verwickelt, und nach Hensel (2001: 105) setzen sie in ihren Konflikten durchaus auch militärische Mittel ein. Allerdings überschreiten sie niemals die Kriegsschwelle. Inwiefern diese verhältnismäßig hohe Gewaltbereitschaft lateinamerikanischer Demokratien etwas mit der geringeren Verregelung ihrer Gesamtbeziehungen zu tun hat, ist noch offen. Aus theoretischer

17 Anders urteilen Pfetsch und Rohloff auf der Grundlage der COSIMO-Daten: »Although territorial and border disputes are the most common type, these conflicts are, by and large, carried out non-violently« (Pfetsch/Rohloff 2000: 130). Die beiden Autoren vertreten damit in der Forschung eine Außenseiterposition. Überblicke bieten Hensel (2001) und McLaughlin/Prins (1999).

18 Die Verregelung von Territorialkonflikten zwischen Staaten hat eine substanzielle und eine formale Komponente. Die substanzielle Komponente besteht in der verbindlichen Übereinkunft der Streitparteien, wie mit einem Gebiet in Zukunft verfahren werden soll. Die Übereinkunft kann durch bilaterale und multilaterale Verhandlungen oder auch durch Schiedssprüche anerkannter Dritter herbeigeführt werden. Zu denken ist beispielsweise an den Tausch »Land gegen Frieden« zwischen Ägypten und Israel, an die Nutzung der Antarktis oder an den Schiedsspruch des Internationalen Gerichtshofs (IGH) zu Grenzstreitigkeiten zwischen Katar und Bahrain. Die formale Komponente besteht in der generellen Verpflichtung aller Staaten, Konflikte friedlich beizulegen, und dem nicht minder generellen Verbot, nationale Grenzen mit Gewalt zu verändern, so wie sie beispielsweise in der Charta der Vereinten Nationen, der Charta der Organisation amerikanischer Staaten (OAS), im Rio-Pakt und für Europa vor allem in Dokumenten der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) niedergelegt sind (vgl. Hensel 2001: 97; Müller 1993a: 133; Schlotter 1999: 121-161).

Perspektive liegt es allerdings nahe, dass Fragen der territorialen Kontrolle dann an Bedeutung verlieren und entsprechend leichter bearbeitet werden können, wenn Grenzen für Menschen, Waren und Kapital durchlässiger werden und die beteiligten Staaten den mit wachsender Interdependenz verbundenen Koordinationsbedarf durch internationale Institutionen bewältigen (vgl. hierzu auch Frieden 1994).

Neben Territorialkonflikten gelten Machtkonflikte im Politikfeld Sicherheit als außergewöhnlich gefährlich (Geller 2000; Kugler/Lemke 2000; Rasler/Thompson 2000; Thompson 1995). Hierunter werden positionale Auseinandersetzungen mit militärischen Konnotationen verstanden: Staaten nehmen sich als Bedrohung wahr und konkurrieren um die besten Plätze in der regionalen oder globalen Machthierarchie. Dabei geht es um die optimale Absicherung eigener Ansprüche durch überlegene Durchsetzungsfähigkeit. Empirische Evidenz für die Vermutung gefährlicher Machtkonflikte bieten vor allem zwei Befunde, die konträr zu dem lange Zeit von Realisten vertretenen Gleichgewichtstheorem stehen. Zum einen ist auf dyadischer Ebene zu beobachten, dass die Kriegswahrscheinlichkeit bei *abnehmender* Machtdifferenz zunimmt (Geller 2000: 425f; Russett/Oneal 2001: 191).¹⁹ Je näher sich zwei Staaten im positionalen Wettbewerb kommen, umso eher greifen sie bei Streitigkeiten zu den Waffen. Zum anderen steigt das Kriegsrisiko im internationalen System, wenn revisionistische Staaten die bestehende Machthierarchie an sich infrage stellen (Geller 2000: 438). Umgekehrt legen beide Befunde nahe, dass die Kriegswahrscheinlichkeit mit der Stabilität regionaler und globaler Machtstrukturen abnimmt. Als weitere Rahmenbedingung gilt, dass stabile *Machtungleichgewichte* aufs Ganze gesehen weniger gewaltanfällig sind als stabile *Machtgleichgewichte*. Robuste Überlegenheit und Gewaltfreiheit gehen in der internationalen Politik mit anderen Worten zusammen (Russett/Oneal 2001: 109, 172).

Machtkonflikte im Politikfeld Sicherheit werden traditionell durch Institutionen der Rüstungskontrolle verregelt (vgl. hierzu Lipson 1985: 12-18; Müller 1993a: 122-155; Rittberger 1994: 154-156). Idealerweise werden hierbei die militärischen Fähigkeiten der Mitglieder so aufeinander abgestimmt, dass kein Staat einen Angriff fürchten muss und jeder Staat Angriffsvorbereitungen frühzeitig genug erkennen kann, um im Rahmen seiner Möglichkeiten Gegenmaßnahmen zu ergreifen. Sicherheitspolitische Zurückhaltung darf mit anderen Worten nicht zu strategischen Nachteilen führen. Die Friedensleistung internationaler Institutionen besteht deshalb vor allem darin, durch die Ausdehnung von Reaktionszeiträumen Überlegenheitsstreben in annähernd gleichgewichtigen Beziehungen und Nachrüstungsbemühungen in asymmetrischen Kräfteverhältnissen zu entmutigen. Dabei gilt: Je länger die Vorwarnzeiten für eine militärische Konfrontation sind, desto geringer werden *ceteris paribus* die Aussichten auf Erfolg für revisionistische Akteure, und desto entspannter sind die Beziehungen. Entscheidend für die Zivilisierung von Konflikten aller Art sind deshalb politische und militärische Transparenz im Problemfeld Sicherheit.

19 Dieser Befund ist unempfindlich gegenüber der Verwendung unterschiedlicher Machtdices (vgl. Geller/Singer 1998: 76). Besonders deutlich ist die Beziehung allerdings, wenn ausschließlich die Verfügungsgewalt über militärische Ressourcen analysiert wird.

Staaten müssen wissen, über welche Fähigkeiten andere Staaten jetzt und in absehbarer Zukunft verfügen, und sie müssen erkennen können, wie andere Staaten mit diesen Fähigkeiten umgehen wollen.

Mit quantitativen Mitteln wurden im Politikfeld Sicherheit bislang nur Allianzen inner- und außerhalb demokratischer Zonen untersucht. Dabei zeigte sich, dass Bündnisse generell keine Garantie für friedliche Beziehungen ihrer Mitgliedern sind (Geller 2000: 426f; Ray 2000: 299f; Thompson/Tucker 1997: 432f; Weitsman 1997: 157). Vielmehr bleibt das Kriegsrisiko zwischen Alliierten im internationalen Durchschnitt ungewöhnlich groß. Im krassen Gegensatz hierzu steht die spezifische Beobachtung, dass Demokratien nicht nur keine Kriege gegeneinander führen, sondern dass Bündnisse demokratischer Staaten außergewöhnlich stabil sind (Gaubatz 1996: 136f; Russett/Starr 2000: 106; Siverson/Emmons 1991: 285). Diese bemerkenswerte Stabilität interdemokratischer Allianzen lässt sich dahingehend interpretieren, dass demokratische Regierungen besonders befähigt sind, Sicherheit *untereinander* zu organisieren und Machtkonflikte ruhig zu stellen.

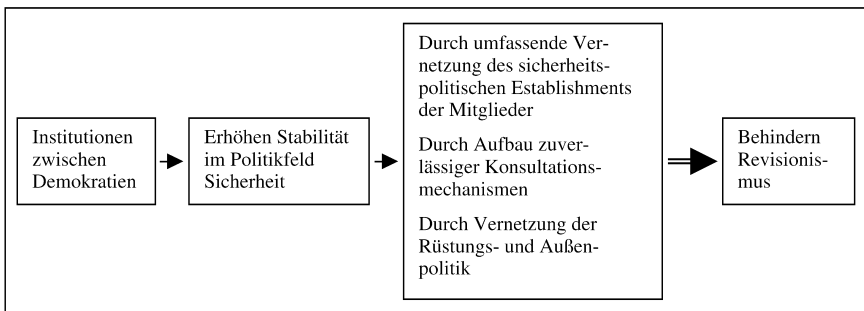
In dieselbe Richtung weist auch die dichte Verregelung des Politikfelds Sicherheit im traditionell kriegsanfälligen Westeuropa. Kerninstitutionen sind die NATO, die Westeuropäische Union (WEU) und neuerdings die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (GASP). Innerhalb der Führungsgremien von NATO und WEU stimmen die Mitgliedsstaaten die Leitlinien ihrer nationalen Sicherheits- und Rüstungspolitik aufeinander ab, deren Implementierung von den jeweils zuständigen Abteilungen vorangetrieben und kontrolliert wird. Auf der Grundlage dieser Verfahren sind die Mitgliedsstaaten nicht nur in der Lage, eine gemeinsame Verteidigung nach außen zu organisieren, wie sie es jahrzehntelang gegenüber der Sowjetunion und dem Warschauer Pakt getan haben. Vielmehr hat die NATO als umfassender Konsultations- und Entscheidungsprozess auch eine stabilisierende Funktion nach innen (Haftendorn 1999: 271; Ikenberry 1998/99: 67-69; Tuschhoff 1999: 141; Wallander 2000: 714-716). Die Mitgliedsstaaten können bereits in einem sehr frühen Planungsstadium absehen, ob Militärvorhaben eines Bündnismitglieds aus dem Rahmen gemeinsamer Verteidigungspolitik herausfallen und für sie bedrohliche Komponenten enthalten. Sollte dies der Fall sein, dann besteht im Rahmen multilateraler Konsultationen die Möglichkeit, dass das beunruhigte Mitgliedsland seine Sorgen kommuniziert und auf Abhilfe drängt. Im äußersten Fall hätte es die Möglichkeit zur Re-Nationalisierung seiner Sicherheitspolitik und würde unilaterale Gegenmaßnahmen ergreifen.

Überraschungen bei der Dislozierung und Einsatzplanung von Verbänden gelten deshalb in Westeuropa als äußerst unwahrscheinlich (Duffield 1992: 843; Warwick/Woyke 2000: 72). Dies umso mehr, als in Demokratien die Politik den Primat vor dem Militär hat, und sicherheitspolitische Vereinbarungen aufgrund der Offenheit demokratischer Gesellschaften vergleichsweise einfach zu kontrollieren sind. Abweichungen von nationalen Ankündigungen in den NATO- und WEU-Gremien blieben nicht lange unentdeckt, und entsprechend schnell würden sie auf multilateraler Ebene verhandelt. Außerdem erhöht die Anbindung parlamentarischer Versammlungen an die NATO und die WEU die langfristige Berechenbarkeit der

Sicherheitspolitik in Europa. Zumindest sind revisionistische Tendenzen eines Staates für andere schon in einem sehr frühen Stadium erkennbar. NATO und WEU erscheinen mit anderen Worten als internationale Institutionen, die in außergewöhnlichem Umfang das sicherheitspolitische Establishment der Mitgliedsländer vernetzen, und die von daher schon geringfügige Verschiebungen seismographisch erfassen und für die weitere Bearbeitung an die zuständigen Gremien weiterleiten.

Gleichzeitig koordinieren die Mitgliedsländer im Rahmen der NATO und der WEU ihre Rüstungszusammenarbeit in einem zwar noch deutlich verbesserungsfähigen, aber gleichwohl bis dato in der internationalen Politik ungekannten Ausmaß (Duffield 1995; Schmitt 2000). Damit wird nicht nur die aktuelle sicherheitspolitische Lage in Westeuropa stabilisiert, sondern darüber hinaus werden die Entwicklung zukünftiger Waffensysteme und die damit möglicherweise verbundenen Veränderungen militärischer Durchsetzungsfähigkeiten integriert. Schließlich hat die GASP neben der Erhöhung des außen- und sicherheitspolitischen Gewichts ihrer Mitgliedsstaaten eine stabilisierende Funktion in Europa (Dembinski 2000). Denn die Machtverhältnisse in einer Region können durch die Aufnahme unilateraler Beziehungen mit externen Akteuren gestört werden. Genau hier schiebt die GASP durch die – freilich noch zaghafte – Vergemeinschaftung der Außenbeziehungen der EU-Staaten einen Riegel vor.²⁰

Schaubild 2: Interdemokratische Institutionen erhöhen sicherheitspolitische Stabilität



Wenn wir die Wirkung von NATO, WEU und GASP zusammen sehen, wird erkennbar, dass die Demokratien Westeuropas ihre Sicherheitsbeziehungen in einem hohen Ausmaß geordnet haben. Der Versuch, strategische Vorteile durch militärische Überraschungen zu erringen, ist nahezu aussichtslos, und entsprechend groß wäre der Preis, den Staaten für jede unilaterale Veränderung des Status quo bezahlen müssten. Allerdings ist auch die Stabilität der Sicherheitsbeziehungen nicht kos-

20 Bemerkenswerterweise gibt es hier eine zeitliche Koinzidenz von zunehmender Handlungsfähigkeit der Bundesrepublik und dem nicht erfolglosen Versuch ihrer Einbindung in die GASP.

tenlos. Die Mitgliedsstaaten müssen sich dauerhaft auf einen Prozess der institutionalisierten Abstimmung sicherheitsrelevanter Entscheidungen in der Verteidigungspolitik, in der Rüstungspolitik und in der Außenpolitik einlassen. Deshalb ist damit zu rechnen, dass die Verregelung des Politikfelds Sicherheit zwischen Demokratien dem sicherheitspolitischen Bedarf folgt und nicht überall in der Welt in der Intensität vorangetrieben wird, wie es beispielsweise zwischen Deutschland und Frankreich der Fall ist.

5.2. *Interdemokratische Institutionen und die Vermeidung gefährlicher Strategien*

Kriege sind in der internationalen Politik ein seltenes Phänomen (Bremer 1993: 13; Geller/Singer 1998: 1; Russett/Oneal 2001: 81). Die überwältigende Mehrzahl aller Streitigkeiten zwischen Staaten wird ohne oder nur mit geringem Einsatz von militärischer Gewalt ausgetragen. Dies gilt auch für die vergleichsweise gefährlichen Konflikte um Territorien oder Machtpositionen. Deshalb bemüht sich die Forschung in den vergangenen Jahren verstärkt um die Identifikation weiterer Faktoren, die unabhängig vom Konfliktgegenstand die Wahrscheinlichkeit kriegerischer Auseinandersetzungen beeinflussen. Hier zeigen Leng (1993, 2000) und Vasquez (1993, 2000b), dass der Rückgriff von Staaten auf unilaterale *Strategien der Selbsthilfe* das Kriegsrisiko signifikant erhöht. Solche unilateralen Strategien der Selbsthilfe, die von Leng »bullying strategies« und von Vasquez »power politics behavior« genannt werden, sind darauf angelegt, Widerstand durch Erhöhung des politischen, ökonomischen und schließlich auch militärischen Drucks zu brechen. Dabei ist alles erlaubt, was Erfolg verspricht: Drohungen, Sanktionen, die Demonstration von Entschlossenheit und Stärke, Betrug, Aufrüstung, Allianzbildung und als Ultima Ratio der Einsatz von Gewalt.

Der Antipode zur unilateralen Selbsthilfe ist Kooperation. Hierunter wird wechselseitiges Entgegenkommen bei der Überwindung von Positionsdifferenzen verstanden (Keohane 1984: 51f; Müller 1993a: 4; Zürn 1992: 147). Es geht also nicht darum, andere zum Einlenken zu zwingen. Vielmehr bewegen sich die Konfliktparteien aufeinander zu, machen Konzessionen und suchen produktive Lösungen für ihre Streitigkeiten. Generell akzeptiert ist in der Literatur, dass Staaten an der kooperativen Bearbeitung internationaler Streitigkeiten vor allem in Situationen komplexer Interdependenz stark interessiert sind (vgl. Hasenclever et al. 1997; Müller 1993a). Gleichwohl ist Zusammenarbeit unter anarchischen Bedingungen alles andere als selbstverständlich (Keohane 1984; Zürn 1992). Staaten fürchten, dass ihr Entgegenkommen nicht angemessen entlohnt, sondern ausgebeutet wird. Zur Bewältigung dieser Sorge richten sie Institutionen ein.

In einem umfassenden Sinne sind internationale Institutionen »auf Dauer gestellte, verfestigte Verhaltensmuster« (Rittberger 1994: 24f). Sie erscheinen als regulierte Handlungszusammenhänge, die sich an bekannten Prinzipien, Normen, Regeln und Entscheidungsverfahren orientieren. Durch sie werden die Handlungserwartungen in wiederkehrenden Konfliktsituationen definiert, überwacht und weiter-

entwickelt. Mit der Kombination von Definitionsgewalt, Überwachungsauftrag und *Clearing*-Stellen machen internationale Institutionen sichtbar, wer in der Weltpolitik ein zuverlässiger Partner ist und wer nicht. Unkooperatives Verhalten wird qua Regelverletzung nachweisbar, und Staaten, die ihren Regelbruch nicht mit anerkannten Gründen in den hierfür vorgesehenen Verfahren rechtfertigen können, verlieren ihre Glaubwürdigkeit. So erhöhen internationale Institutionen die Kosten von Ausbeutungsversuchen und stabilisieren die Beziehungen der Akteure im Politikfeld. Denn jeder Staat muss fürchten, dass regelwidriges Verhalten Konsequenzen für die Zukunft haben wird. Er wird Mühe haben, für die Bewältigung nationaler Probleme mit internationaler Dimension geeignete Partner zu finden.

Auch wenn die Analyse internationaler Kooperation ursprünglich als systemischer Ansatz und damit ohne Rücksicht auf die interne Verfasstheit der Akteure entwickelt worden ist, so lässt die empirische Forschung erkennen, dass die Kooperationsbeziehungen zwischen Demokratien und den von ihnen getragenen Institutionen außergewöhnlich stabil sind (Gaubatz 1996; Leeds 1999; Leeds/Davis 1999; Leng 1993; Martin 2000). Das Verhalten der beteiligten Staaten folgt stetig den vereinbarten Bahnen, Ausbrüche sind vergleichsweise selten, und Rückgriffe auf Selbsthilfestrategien bleiben rar. Eine Reihe von AutorInnen führen diese bemerkenswerte Robustheit interdemokratischer Institutionen auf die Beteiligung nationaler Parlamente an der Implementation internationaler Vereinbarungen zurück (Martin 2000; Slaughter-Burley 1993). Im Zuge dieser Verfahren werden oftmals komplexe Paketlösungen geschnürt, für deren Wiederverhandlung sich nur schwerlich Mehrheiten finden lassen. Als Folge ist Außenpolitik politikfeldspezifisch programmiert und entsprechend berechenbar. Außerdem ist bei Demokratien ein Trend zur Verrechtlichung internationaler Abkommen zu beobachten (Kratochwil 1993). Im Falle von Regelverletzungen können Geschädigte jetzt in den Mitgliedsländern die Gerichte anrufen. Schließlich ist die Politik von Demokratien vergleichsweise transparent: Jede Missachtung der nationalen Komponenten internationaler Abkommen, die in der Regel für den kooperativen Output von zentraler und für gewöhnlich langfristiger Bedeutung sind, bliebe deshalb nicht lange unentdeckt, und die Anreize zu eben solchen Regelverletzungen sinken entsprechend (Ikenberry 1998/99: 61, 65; Müller 1993a: 165).

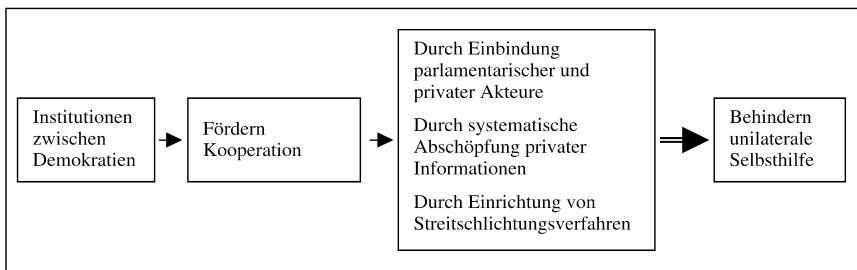
Ein weiterer Faktor für die besondere Verlässlichkeit der Institutionen in demokratischen Zonen wird in der Einbindung gesellschaftlicher Akteure gesehen (Keohane et al. 1993; Müller 1993a; Risse 1995c). Wie das Beispiel der Europäischen Union zeigt, bewegen sich die verantwortlichen Politiker und Politikerinnen auch auf interdemokratischer Ebene in hochkomplexen und für sie nützlichen transnationalen Beratungsnetzwerken (Kohler-Koch 1996; Joerges/Neyer 1998). Letzte können als Teil interdemokratischer Institutionen begriffen werden und fungieren als hoch effektive Informationsbörsen: *Epistemic Communities* speisen Machbarkeitsstudien und technische Problemlösungsvorschläge ein, Interessengruppen bieten Informationen zur Umsetzbarkeit verschiedener Handlungsoptionen an und berichten über die Regeleinhaltung, Unternehmensverbände liefern Folgenabschätzungen etc. Auf all diese gesellschaftlichen Akteure wirkt die kontinuierliche Mitgliedschaft

in den Netzwerken disziplinierend. Jede nachgewiesene Fehlinformation kann zu Glaubwürdigkeitsverlusten und damit zur Marginalisierung in den Beratungsprozessen führen.

Im Endeffekt verfügen die Politiker und Politikerinnen damit in problemfeldspezifischen Konfliktsituationen über ein hohes Maß gemeinsamer und zuverlässiger Informationen. Sie kennen die Präferenzen ihrer Partner und sind damit eher in der Lage, tragfähige und dauerhafte Kompromisse auszuarbeiten. Denn wie aus der Forschung bekannt, steigen mit der Menge gemeinsamer Informationen die Chancen der friedlichen Streitbeilegung (vgl. Milner 1997: 20). Geteiltes Wissen fördert integratives Verhandeln und reduziert die Anreize, auf Selbsthilfestrategien zurückzugreifen (Fearon 1995: 381f; Leng 2000: 236).

Schließlich sind den meisten internationalen Organisationen und Regimen Verfahren der Streitschlichtung angeschlossen (vgl. Keohane et al. 2000: 459; Müller 1993a: 41f; Rittberger 1994: 92f). Diese sind nicht immer so stark formalisiert wie der Internationale Gerichtshof in Den Haag oder der Europäische Gerichtshof in Luxemburg. Gleichwohl werden in der Regel Foren und Prozeduren für die zivile Bearbeitung von Streitigkeiten entwickelt. Noch fehlen Vergleiche der Schlichtungsverfahren diesseits und jenseits demokratischer Friedenszonen. Bekannt ist aber, dass sich Demokratien überdurchschnittlich oft auf solche Verfahren einlassen und auf diesem Wege versuchen, ihre Konflikte beizulegen (Dixon 1994).

Schaubild 3: *Interdemokratische Institutionen fördern Kooperation*



Festzuhalten bleibt also, dass es in der Forschung Hinweise darauf gibt, dass die interdemokratischen Institutionen in besonderer Weise geeignet sind, Kooperation zwischen ihren Mitgliedsstaaten aufrechtzuerhalten und die Anreize zum Rückgriff auf Selbsthilfestrategien zu minimieren: Sie sind außergewöhnlich robust, und sie fördern die Produktion gemeinsamen Wissens. Damit wird ein möglicher Einstieg in gefährliche Eskalationsprozesse blockiert. Die zivilisierenden Leistungen interdemokratischer Institutionen sind freilich nur im Rückgriff auf die Merkmale ihrer Mitglieder zu erklären. Demokratien zeichnen sich durch autonome Parlamente und offene Gesellschaften aus. Sie sind die Grundlage für die Zuverlässigkeit von regelgeleiteter Zusammenarbeit: Sei es, weil sie die Missachtung von Vereinbarungen erschweren, sei es, weil sie die Entdeckung tragfähiger Kompromisse erleichtern.

5.3. *Interdemokratische Institutionen und die Vermeidung gefährlicher Konfliktinteraktionen*

Es fällt auf, dass Kriege nur selten um einzelne Konfliktgegenstände geführt werden (Bercovitch/Jackson 1997: 14; Holsti 1991: 307; Vasquez 2000b: 352). Vielmehr *polarisieren* sich die Beziehungen der Kontrahenten im Laufe des Eskalationsprozesses (vgl. Kriesberg 1998: 159; Rubin et al. 1994: 70). Die Zahl der Problemfelder mit kompatiblen Interessen der Konfliktparteien nimmt ab, während die Zahl der Problemfelder zunimmt, in denen sie sich als Gegner gegenüberstehen. Schließlich fallen alle Konflikte in eine große Konfrontation »Us Versus Them« zusammen (Vasquez 1996: 532). Die Akteure begegnen sich jetzt generell feindselig. Das wechselseitige Vertrauen ist minimal, und Sorgen um relative Verluste gegenüber einem als bösartig wahrgenommenen Gegner dominieren die Beziehungen.

Die Bedeutung der Beziehungsebene für die Art und Weise des Konfliktaustrags unterstreicht auch, dass die meisten Kriege in so genannten *enduring Rivalries* ausgefochten werden (Diehl/Goertz 2000; Wayman 2000). Derartige Konkurrenzbeziehungen zeichnen sich durch eine lange Geschichte erbitterter Auseinandersetzungen zwischen identischen Kontrahenten um variable Konfliktgegenstände aus. Zu denken ist an die deutsch-französischen Beziehungen bis in die Fünfzigerjahre hinein oder an die griechisch-türkischen und die indisch-pakistanischen Beziehungen der Gegenwart. Zwischen Rivalen können auch vergleichsweise nebensächliche Streitigkeiten schnell zu militärischen Auseinandersetzungen eskalieren, während Kriege zwischen befreundeten Staaten generell die Ausnahme sind. In diesem Sinne bemerken beispielsweise Bercovitch und Jackson: »Few states that are friendly [...] will end up in armed conflict with each other. [...] Conflicts do not happen in a vacuum, and the roots of any war can almost always be traced back to a long history of antagonistic competition« (Bercovitch/Jackson 1997: 14).

Die Polarisierung internationaler Beziehungen bis hin zur Entstehung »anhaltender Rivalitäten« wird durch die Verregelung von Politikfeldern erschwert. Wie Untersuchungen zeigen, steigt mit der Einrichtung bereichsspezifischer Institutionen die Autonomie von Politikfeldern.²¹ Sie werden weniger empfindlich für politische Ereignisse jenseits ihrer Grenzen und entwickeln ein hohes Maß an Eigengesetzlichkeit. Dadurch gelingt es, »Inseln der Kooperation« in der internationalen Politik zu schaffen. Übergriffe aus fremden Problemfeldern sind selten und stoßen auf Widerstand der für die bereichsspezifische Kooperation verantwortlichen Akteure, die zu einem guten Teil nicht aus dem diplomatischen Dienst, sondern aus Fachbürokratien rekrutiert werden (Young 1989: 77-80; Keohane/Nye 1977: 169). Internationale Institutionen wirken also generell als eine Art »Brandschutztür«, die mögliche Brandherde in zwischenstaatlichen Beziehungen voneinander isoliert.

Es kann nun vermutet werden, dass Institutionen zwischen Demokratien besonders robust sind, weil gesellschaftliche Akteure in diesen Ländern über vergleichs-

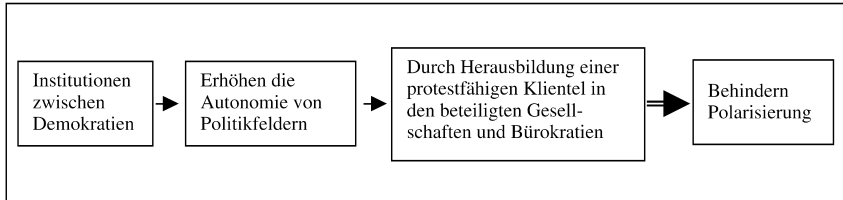
21 Vgl. hierzu Doyle (1986: 1161); Levy et al. (1995: 287-290); Müller (1993b: 381-388); Rittberger/Zürn (1990: 46-49); Young (1989: 62-80).

weise große Organisations- und Protestfreiheiten verfügen. Bekannt ist jedenfalls, dass zwischendemokratische Institutionen für private Akteure leicht zugänglich sind, und dass Nichtregierungsorganisationen (NRO), Wirtschaftsverbände und andere organisierte Interessengruppen diese Zugangsmöglichkeiten nutzen (Keohane et al. 1993; Risse-Kappen 1995c). Sie entwickeln ein starkes Anliegen an der Fortsetzung erfolgreicher Zusammenarbeit in einzelnen Sachbereichen (Keohane/Nye 1977: 214; Moravcsik 1997: 537; Young 1989: 78). Mit ihrer Beteiligung verbessert sich deshalb nicht nur die Überwachung der Regeleinhaltung durch die jeweiligen Regierungen, sondern sie sperren sich auch gegen jede Vereinnahmung funktionierender Kooperationszusammenhänge für politikfeldfremde Zwecke. Regierungen müssen sich deshalb darauf einstellen, dass sie bei dem Versuch, Zugeständnisse in einem Politikfeld durch die Drohung mit Kooperationsverweigerung in einem anderen Feld zu erpressen, auf lautstarke innenpolitische Opposition stoßen. Derartige Opposition zieht für jede gewählte Regierung zwangsläufig Kosten nach sich: Sei es im Versuch, die betroffenen Gruppen zu kompensieren, oder durch Inkaufnahme ihres Zorns bei der nächsten Wahl, in der Hoffnung auf Stimmen von anderen Bevölkerungsgruppen. Die gesellschaftliche Opposition wird in der Regel noch dadurch verstärkt, dass politikfeldspezifische internationale Institutionen innenpolitisch in die Verantwortung spezifischer Ressorts fallen, die empfindlich auf Einmischung durch andere Ressorts reagieren. Die innere Pluralität von Demokratien übersetzt sich damit in die äußere Autonomie einzelner Politikfelder zwischen Demokratien.

Noch fehlen systematische Untersuchungen sowohl zur Autonomie von Politikfeldern als auch zu Möglichkeiten von *Issue-Linkages* innerhalb und jenseits demokratischer Zonen. Es gibt aber Hinweise darauf, dass Demokratien ihre Beziehungen in hohem Maß differenzieren und bereichsspezifisch organisieren. So beobachtet beispielsweise Beate Kohler-Koch für die EU eine »starke, funktional gegliederte Segmentierung« (Kohler-Koch 1996: 210). Europäische Politik vollziehe sich ressortspezifisch, was bedeute, dass die Verhandlungen von Politikfeld zu Politikfeld unterschiedlich verlaufen und ein hohes Maß an Eigengesetzlichkeit offenbaren. In die gleiche Richtung weisen Untersuchungen von Thomas Jäger und Niels Lange. Die beiden Autoren attestieren der EU eine bemerkenswerte »Seltenheit von desintegrativen spill-overs« (Jäger/Lange 2001: 130). Hierunter verstehen sie »das Übergreifen eines Konflikts aus einem Politikfeld in ein anderes« (Jäger/Lange 2001: 106, Fn. 4). Eine ähnliche ressortspezifische Ausdifferenzierung von Verhandlungsprozessen stellt Wallander innerhalb der NATO fest. Dadurch werde die Kontinuität der multilateralen Zusammenarbeit im Politikfeld Sicherheit gewährleistet: »NATO's structure ensures that progress becoming stalled in one area will not prevent progress in another« (Wallander 2000: 724f). Schließlich beobachteten Robert Keohane und Joseph Nye für die amerikanisch-kanadischen Beziehungen »the avoidance of overt linkage. [...] Each deal must stand on its own« (Keohane/Nye 1977: 171). Vorbehaltlich gründlicher empirischer Studien scheint sich damit die Politik zwischen Demokratien in der Tat immer mehr der Logik anzunähern, die Funktionalisten Anfang der Fünfzigerjahre für integrierte Staatengruppen prognosti-

ziert haben (vgl. Moravcsik 1997: 537; Zellentin 1992: 63f, 74). Damit würden aber interdemokratische Institutionen vergleichsweise gut geeignet sein, Polarisierungsprozesse in den Beziehungen ihrer Mitgliedsstaaten zu blockieren.

Schaubild 4: Interdemokratische Institutionen erhöhen die Autonomie von Politikfeldern



Aus der Perspektive einer institutionellen Analyse erscheint der demokratische Frieden also als Folge regelgestützter und selbstverstärkender Kooperationsprozesse zwischen Akteuren, die in besonderem Maße kooperationsfähig sind. Internationale Institutionen zwischen Demokratien minimieren Sicherheitsrisiken und schaffen Vorwarnzeiten. Mit der Verregelung der Sicherheitsbeziehungen geht eine Entwertung militärischer Macht als Mittel internationaler Politik einher. Die Sorge um relative Verluste verringert sich, und die traditionelle Hierarchie der Politikfelder wird aufgebrochen. Die Anreize zu bereichsspezifischer Kooperation wachsen. Wie nicht zuletzt die Regime-Analyse gezeigt hat, spielen internationale Institutionen bei der dauerhaften Umsetzung von Kooperationsanreizen in konkrete Zusammenarbeit eine herausragende Rolle, die vor allem in der organisierten Bereitstellung zuverlässiger Informationen und der Einrichtung strukturierter Kommunikationskanäle zum Konfliktmanagement besteht. Streitigkeiten werden unter Rückgriff auf etablierte Prinzipien und Verfahren bearbeitet. Sollte ihre Bearbeitung im Einzelfall nicht gelingen, kann ein Konflikt vergleichsweise einfach von den Gesamtbeziehungen isoliert und eingefroren werden. Weil interdemokratische Institutionen für Demokratien von großem Vorteil sind, entwickeln sie ein genuines Interesse an ihrer Aufrechterhaltung. Dies schließt einen Zusammenbruch nicht aus, macht ihn aber unwahrscheinlich. Denn wer einmal zum Club gehört, der will auf seine Vorteile nicht verzichten.

6. Schluss

Wenn ich die Trends in den IB richtig deute, dann liegt in der sozialwissenschaftlichen Forschung eine stärkere Berücksichtigung der internationalen Organisation des demokratischen Friedens in der Luft. Sie erscheint als Konsequenz etablierter

Ansätze und ihrer Schwächen. Außerdem greift sie eine Vermutung auf, die zumindest in der europäischen Politik zum Alltagswissen gehört. So erklärte Bundespräsident Roman Herzog vor der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg Anfang 1997 mit größter Selbstverständlichkeit: »Stabilität in Europa hat zwei Namen: Europäische Union und Nordatlantische Allianz« (Herzog 1997: 22). Und für den Kommissionspräsidenten Romano Prodi ist unstrittig, dass die EU das »beste Konfliktverhütungsmodell der Welt« ist (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.11.2001: 14). So groß die Skepsis gegenüber autonomen Friedenswirkungen interdemokratischer Institutionen in der empirischen Wissenschaft auch sein mag, so selbstverständlich erscheinen sie im Diskurs der Politik.

Gegen die weitverbreitete Skepsis in der Forschung haben die bisherigen Überlegungen eine Reihe plausibler Anhaltspunkte dafür geliefert, dass die Institutionen der demokratischen Zonen einen wesentlichen Beitrag zur friedlichen Bearbeitung von Konflikten leisten. Vor dem Hintergrund jüngerer Ergebnisse der Kriegsursachenforschung ist dieser Beitrag vor allem darin zu sehen, dass interdemokratische Institutionen ausgewiesene »Wege in die Gefahr« verstellen: Sie erhöhen die sicherheitspolitische Stabilität zwischen Demokratien und blockieren den Ausbruch machtpolitischer Rivalitäten, sie fördern die zwischendemokratische Kooperation und behindern den Einsatz unilateraler Selbsthilfestrategien, und sie steigern die Autonomie von Politikfeldern und wirken damit der Polarisierung interdemokratischer Beziehungen entgegen. Auf der Grundlage der bisherigen Evidenzen spricht deshalb einiges dafür, dass interdemokratische Institutionen das spezifische Merkmal auf der Interaktionsebene sind, das die Beziehungen zwischen Demokratien von anderen Beziehungen unterscheidet. Jetzt ist es freilich an der Zeit, diesen plausiblen Zusammenhang systematisch zu untersuchen. Entlang der identifizierten »Wege in die Gefahr« sollen abschließend drei Forschungsperspektiven skizziert werden.

(1) In einem ersten Schritt ginge es darum, die Wirksamkeit internationaler Institutionen im Politikfeld Sicherheit zu vergleichen. Untersuchungsgegenstand wäre die Organisation von Vertrauen zwischen zwei Staaten. Vertrauen erscheint dabei als ein Indikator für die Stabilität dyadischer Beziehungen und liegt dann vor, wenn Regierungen nicht erwarten, dass sie in Konflikten mit Waffengewalt zum Nachgeben gezwungen werden, oder dass ihre politische Handlungsfähigkeit in absehbarer Zukunft von Außen militärisch bedroht wird. Entscheidend für die Untersuchung institutioneller Leistungen bei der Stabilisierung von Sicherheitsbeziehungen bleibt freilich, dass solches Vertrauen zwischen zwei Staaten nicht selbstverständlich ist. Australien und Portugal beispielsweise können einander nicht bedrohen und brauchen folglich auch keine Sicherheitsinstitutionen. Deshalb ist es sinnvoll, die Organisation von Vertrauen nur für solche Staatenpaare zu untersuchen, die Machtrivalen sind oder waren.

Ausgangspunkt des Vergleichs wären Sicherheitsbeziehungen zwischen demokratischen Staaten, die sich in der Vergangenheit als erbitterte Feinde begegnet sind. Denken wir beispielsweise an Deutschland und Frankreich vor 1945. Ihre Beziehungen werden daraufhin untersucht, wie es ihnen mithilfe welcher Institutionen gelungen ist, Misstrauen nachhaltig abzubauen. Für Deutschland und Frankreich wären

hier beispielsweise Form und Wirkung von NATO, WEU und Deutsch-Französischem Verteidigungs- und Sicherheitsrat von Interesse. Die Verregelung von Machtrivalitäten innerhalb demokratischer Zonen wäre dann mit ähnlichen Bemühungen außerhalb zu kontrastieren. Mögliche Fälle sind beispielsweise die argentinisch-chilenischen Beziehungen bis Mitte der Achtzigerjahre oder auch die Auseinandersetzungen zwischen Kambodscha und Thailand bis Anfang der Neunzigerjahre (vgl. Wayman 2000: 229). Hier müsste vor allem untersucht werden, ob es den einschlägigen Institutionen wie dem Rio-Pakt oder der ASEAN (Association of South-East Asian Nations) gelingt, Erwartungsverlässlichkeit durch die Einbindung des sicherheitspolitischen Establishment der Mitgliedsländer zu produzieren. Denn für Vertrauen im Politikfeld Sicherheit ist es von entscheidender Bedeutung, dass mögliche revisionistische Kräfte ihre Agenda nicht unentdeckt und nachhaltig an den zuständigen internationalen Gremien vorbei verfolgen können.

Schließlich sollten auch noch solche Fälle in den Vergleich einbezogen werden, in denen zwischen Demokratien lange Zeit keine Sicherheitsinstitutionen eingerichtet worden sind, obwohl sie in der Vergangenheit Machtrivalen waren. Ein Beispiel sind die japanisch-koreanischen Beziehungen. Hier wäre darauf zu schauen, ob es funktionale Äquivalente zu gemeinsamen Sicherheitsinstitutionen gab. Gedacht werden könnte an die Präsenz eines Hegemons, der beide Staaten auf militärische Zurückhaltung gegenüber dem jeweils anderen verpflichtet. Freilich müsste bei einer Abschwächung der Hegemonie und anhaltender Unsicherheit über die militärischen Intentionen und Optionen der anderen Seite erwartet werden, dass zwei Demokratien zur Wahrung des Friedens zügig gemeinsame Institutionen aufbauen.

(2) Wie gesehen gibt es Anhaltspunkte für die These, dass zwischendemokratische Institutionen außergewöhnlich kooperationsförderlich sind. Dies hängt zum einen mit der zuverlässigen Implementierung und dem vereinfachten *Monitoring* internationaler Vereinbarungen in und durch demokratischen Staaten zusammen. Zum anderen spielt die Informationsdichte zwischen Demokratien eine herausragende Rolle. Es ist deshalb zu vermuten, dass Organisationen und Regime in demokratischen Zonen für private Akteure gut zugänglich sind, und dass gewählte Regierungen auch auf der internationalen Ebene ein genuines Interesse an privaten Informationen haben. Die Institutionen inner- und außerhalb der demokratischen Zonen sollten sich deshalb in ihren Andockungsmöglichkeiten für private Akteure und ihre Einbindung in die Gesellschaftswelt unterscheiden. Erste müssten intensivere Beziehungen zu privaten Akteuren unterhalten als Letzte. Wenn sich dies in der Forschung bestätigt, dann wären die erhobenen Unterschiede auf den Verhandlungsstil in internationalen Institutionen abzubilden. Forschungsleitend wäre die Vermutung, dass Rückgriffe auf unilaterale Selbsthilfestrategien wie beispielsweise Drohungen in institutionengestützten Verhandlungen zwischen Demokratien wegen der verbesserten Informationslage seltener vorkommen als in der übrigen Staatenwelt. Außerdem sollte das Verhältnis von Kompromissen zu Konflikten in der demokratischen Zone besser sein als außerhalb. Schließlich müssten die Verfahren der Streitschlichtung in ihrer Struktur und ihrer Inanspruchnahme diesseits und jenseits demokratischer Zonen verglichen werden. Alles in allem wäre zu erwarten,

dass Demokratien ihre Beziehungen auf ein solideres Fundament stellen können als Nicht-Demokratien, da sie über bessere Informationen und effektivere Streitschlichtungsmechanismen verfügen. Bis zur empirischen Klärung bleibt dies freilich nur informierte Spekulation.

(3) Von der Kriegsursachenforschung wurden Polarisierungsprozesse als gefährliche Vorstufen zu Kriegen identifiziert. Alles, was Polarisierungsprozesse unterbindet, kann deshalb als Schutz vor militärischen Auseinandersetzungen gelten. Hierbei handelt es sich selbstverständlich nicht um einen vollkommenen Schutz. Aber es spricht einiges dafür, dass die Erhöhung der Autonomie von Politikfeldern das Kriegsrisiko minimiert. Deshalb wäre systematisch zu erheben, ob Institutionen in demokratischen Zonen in dieser Hinsicht leistungsfähiger sind als außerhalb. Ein Vergleichspunkt wäre die Praxis der *Issue-Linkages* in der internationalen Politik. Wir müssten feststellen können, dass *Issue-Linkages* in den institutionalisierten Beziehungen zwischen Demokratien anders gehandhabt werden als in Beziehungen zwischen Nicht-Demokratien. Außerdem müsste zu beobachten sein, dass Konflikte in einzelnen Politikfeldern zwischen Demokratien relativ oft isoliert werden können, während sie zwischen Nicht-Demokratien zu Beziehungsblockaden werden und die Verhandlungen in benachbarten Politikfeldern zum Stillstand bringen. Schließlich sollten in den demokratischen Zonen andere Protest-Reaktions-Muster zwischen staatlichen und privaten Akteuren in internationalen Angelegenheiten zu beobachten sein als außerhalb. Im Resultat müssten gewählte Regierungen mit nationalen Protesten sensibler umgehen als nicht gewählte.

Literatur

- Adler, Emanuel/Barnett, Michael 1998: A Framework for the Study of Security Communities, in: Adler, Emanuel/Barnett, Michael (Hrsg.): Security Communities, Cambridge, 29-65.
- Axelrod, Robert/Keohane, Robert O. 1985: Achieving Cooperation under Anarchy. Strategies and Institutions, in: World Politics 38: 1, 226-254.
- Barkawi, Tarak/Lafey, Mark 1999: The Imperial Peace. Democracy, Force and Globalization, in: European Journal of International Relations 5: 4, 403-434.
- Bennett, D. Scott/Stam, Allan C. 2000: Research Design and Estimator Choices in the Analysis of Interstate Dyads. When Decisions Matter, in: Journal of Conflict Resolution 44: 5, 653-685.
- Benoit, Kenneth 1996: Democracies Really are More Pacific (in General), in: Journal of Conflict Resolution 40: 4, 636-657.
- Bercovitch, Jacob/Jackson, Richard 1997: International Conflict. A Chronological Encyclopedia of Conflicts and Their Management 1945-1995, Washington, D.C.
- Brecher, Michael/Wilkenfeld, Jonathan 2000: A Study of Crisis, Ann Arbor, MI.
- Bremer, Stuart A. 1993: Advancing the Scientific Study of War, in: International Interactions 19: 1-2, 1-26.
- Brock, Lothar 1995: Frieden: Überlegungen zur Theoriebildung, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Den Frieden denken, Frankfurt a.M., 317-340.
- Brown, Michael E. 1997: The Causes of Internal Conflict. An Overview, in: Brown, Michael E. (Hrsg.): Nationalism and Ethnic Conflict. An International Security Reader, Cambridge, MA, 3-25.
- Brzoska, Michael 1991: Warum gibt es so wenige Atomwaffenstaaten? Zum Erklärungswert verschiedener theoretischer Ansätze, in: Politische Vierteljahresschrift 32: 1, 34-55.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Lalman, David 1992: War and Reason: Domestic and International Imperatives, New Haven, CT.
- Bueno de Mesquita, Bruce/Morrow, James/Siverson, Randolph M./Smith, Alastair 1999: An Institutional Explanation of the Democratic Peace, in: American Political Science Review 93: 4, 791-807.
- Caporaso, James A./Keeler, John T.S. 1995: The European Union and Regional Integration Theory, in: Rhodes, Carolyn/Mazey, Sonia (Hrsg.): The State of the European Union. Building a European Polity, Boulder, CO, 31-62.
- Chan, Steve 1997: In Search of Democratic Peace. Problems and Promises, in: Mershon International Studies Review 41: 1, 59-91.
- Czempiel, Ernst-Otto 1996: Kants Theorem. Oder: Warum sind die Demokratien (noch immer) nicht friedlich?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 79-101.
- Czempiel, Ernst-Otto 1998: Friedensstrategien: Eine systematische Darstellung außenpolitischer Theorien von Machiavelli bis Madariaga, 2. Aufl., Opladen.
- Debiel, Tobias 1995: Demokratie und Gewalt in einer Welt des Umbruchs: Zur friedenspolitischen Relevanz politischer Herrschaftsformen in den 90er Jahren, in: Ropers, Norbert/Debiel, Tobias (Hrsg.): Friedliche Konfliktbearbeitung in der Staaten- und Gesellschaftswelt, Bonn, 55-86.
- Dembinski, Matthias 2000: Perspektiven der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (HSFK-Report 11/2000), Frankfurt a.M.
- Deutsch, Karl/Burrell, Sidney A./Kann, Robert A./Lee, Maurice Jr./Lichterhan, Martin/Lindgren, Raymond E./Loewenheim Francis, L./Van Wagenen, Richard W. 1957: Political Community and the North Atlantic Area, Princeton, NJ.
- Deutsch, Karl/Edinger, Lewis J./Macridis, Roy C./Merritt, Richard L. 1967: France, Germany and the Western Alliance. A Study of Elite Attitudes on European Integration and World Politics, New York, NY.
- Diehl, Paul F./Goertz, Gary 2000: War and Peace in International Rivalry, Ann Arbor, MI.

- Dinan, Desmond* 1994: Ever Closer Union. An Introduction to the European Community, London.
- Dixon, William* 1994: Democracy and the Peaceful Settlement of International Conflict, in: *American Political Science Review* 88: 1, 14-32.
- Doyle, Michael* 1983: Kant, Legal Legacies, and Foreign Affairs. Part 1, in: *Philosophy and Public Affairs* 12, 205-335.
- Doyle, Michael* 1986: Liberalism and World Politics, in: *American Political Science Review* 80: 4, 1151-1169.
- Duffield, John S.* 1992: International Regimes and Alliance Behavior: Explaining NATO Conventional Force Levels, in: *International Organization* 46: 4, 819-855.
- Duffield, John S.* 1994: Explaining the Long Peace in Europe. The Contributions of Regional Security Regimes, in: *Review of International Studies* 20: 3, 369-388.
- Duffield, John S.* 1995: Power Rules. The Evolution of NATO's Conventional Force Posture, Stanford, CA.
- Efinger, Manfred* 1991: Vertrauen ist gut, Kontrolle ist besser. Entstehungsbedingungen effektiver Verifikationsvereinbarungen im Politikfeld Sicherheit, Baden-Baden.
- Efinger, Manfred/Rittberger, Volker/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael* 1990: Internationale Regime und internationale Politik, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen: Bestandsaufnahme und Forschungsperspektiven* (PVS Sonderheft 21), Opladen, 263-285.
- Efinger, Manfred/Rittberger, Volker/Zürn, Michael* 1988: Internationale Regime in den Ost-West-Beziehungen. Ein Beitrag zur Erforschung der friedlichen Behandlung internationaler Konflikte, Frankfurt a. M.
- Fearon, James* 1995: Rationalist Explanations for War, in: *International Organization* 49: 3, 379-414.
- Fendius Elman, Miriam* 1997: Introduction: The Need for a Qualitative Test of the Democratic Peace Theory, in: Fendius Elman, Miriam (Hrsg.): *Paths to Peace. Is Democracy the Answer?* Cambridge, MA, 1-57.
- Frieden, Jeffrey A.* 1994: International Investment and Colonial Control: An New Interpretation, in: *International Organization* 48: 4, 559-593.
- Gates, Scott/Knutsen, Torbjorn L./Moses, Jonathan W.* 1996: Democracy and Peace. A More Skeptical View, in: *Journal of Peace Research* 33: 1, 1-10.
- Gaubatz, Kurt Taylor* 1996: Democratic States and Commitment in International Relations, in: *International Organization* 50: 1, 109-139.
- Geis, Anna* 2001: Diagnose: Doppelbefund – Ursache: ungeklärt? Die Kontroversen um den demokratischen Frieden, in: *Politische Vierteljahresschrift* 42: 2, 282-298.
- Geller, Daniel S.* 2000: Explaining War. Empirical Patterns and Theoretical Mechanisms, in: Midlarsky, Manus I. (Hrsg.): *Handbook of War Studies II*, Ann Arbor, MI, 407-449.
- Geller, Daniel S./Singer, David J.* 1998: *Nations at War. A Scientific Study of International Conflict*, Cambridge.
- Gleditsch, Nils Petter* 1995: Democracy and the Future of the European Peace, in: *European Journal of International Relations* 1: 4, 539-571.
- Gleditsch, Nils Petter/Hegre, Havard* 1997: Peace and Democracy. Three Levels of Analysis, in: *Journal of Conflict Resolution* 41: 2, 283-310.
- Gochmann, Charles S./Leng, Russell J.* 1983: Realpolitik and the Road to War, in: *International Studies Quarterly* 27: 1, 97-120.
- Gowa, Joanne* 1999: *Ballots and Bullets: The Elusive Democratic Peace*, Princeton, NJ.
- Haas, Ernst B.* 1975: *The Obsolescence of Regional Integration Theory*, (Research Studies 25), Berkeley, CA.
- Haas, Ernst B.* 1968: *The Uniting of Europe*, Second Edition, Stanford, CA.

- Haftendorn, Helga* 1997: Sicherheitsinstitutionen in den Internationalen Beziehungen. Eine Einführung, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hrsg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, 11-34.
- Haftendorn, Helga* 1999: Der Wandel des Atlantischen Bündnisses nach dem Ende des Kalten Krieges, in: Medick-Krakau, Monika (Hrsg.): Außenpolitischer Wandel in theoretischer und vergleichender Perspektive: die USA und die Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden, 257-284.
- Hasenclever, Andreas* 2001: Die Macht der Moral in der internationalen Politik. Militärische Interventionen westlicher Staaten in Somalia, Ruanda und Bosnien-Herzegowina, Frankfurt a.M.
- Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker* 1997: Theories of International Regimes, Cambridge.
- Heldt, Birger* 1997: The Dependent Variable of the Domestic-External Conflict Relationship. Anecdotes, Theories and Systematic Studies, in: Journal of Peace Research 34: 1, 101-106.
- Hellmann, Gunther/Herboth, Benjamin* 2001: Democratic Peace and Militarized Interstate Disputes in the Transatlantic Community (Konferenzpapier für die 42. Annual Convention der International Studies Association, Chicago, IL), unv. Ms.
- Hensel, Paul R.* 2000: Territory: Theory and Evidence on Geography and Conflict, in: *Vasquez, John A.* (Hrsg.): What Do We Know About War, Lanham, MD, 57-84.
- Hensel, Paul R.* 2001: Contentious Issues in World Politics. The Management of Territorial Claims in the Western Hemisphere, 1816-1996, in: International Studies Quarterly 45: 1, 81-110.
- Hermann, Margaret G./Kegley, Charles W. Jr.* 1995: Rethinking Democracy and International Peace. Perspectives from Political Psychology, in: International Studies Quarterly 39: 4, 511-533.
- Herzog, Roman* 1997: Stabilität in Europa hat zwei Namen: Europäische Union und Nordatlantische Allianz, in: Europäische Sicherheit 46: 2, 22-25.
- Holsti, Kalevi J.* 1991: Peace and War: Armed Conflict and International Order 1648-1989, Cambridge.
- Huntington, Samuel P.* 1996: Der Kampf der Kulturen. Die Neugestaltung der Weltpolitik im 21. Jahrhundert, München.
- Ikenberry, John G.* 1998/1999: Institutions, Strategic Restraint, and the Persistence of American Postwar Order, in: International Security 23: 3, 43-78.
- Jäger, Thomas/Lange, Niels* 2001: Isolierte Partner im europäischen Integrationsprozeß, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 8: 1, 105-139.
- Jervis, Robert* 1983: Security Regimes, in: Krasner, Stephen D. (Hrsg.): International Regimes, Ithaca, NY, 173-194.
- Joerges, Christian/Neyer, Jürgen* 1998: Vom intergouvernementalen Verhandeln zur deliberativen Politik: Gründe und Chancen für eine Konstitutionalisierung der europäischen Komitologie, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Regieren in entgrenzten Räumen (PVS-Sonderheft 29), Opladen, 207-233.
- Kahl, Colin H.* 1998/99: Constructing a Separate Peace. Constructivism, Collective Liberal Identity, and Democratic Peace, in: Security Studies 8: 2/3, 94-144.
- Kahl, Martin/Teusch, Ulrich* 1999: Zur Bedeutung interner Verfaßtheit für das auswärtige Verhalten von Staaten, in: Masala, Carlo/Roloff, Ralf (Hrsg.): Herausforderungen in der Realpolitik. Beiträge zur Theoriebildung in der Internationalen Politik, Köln, 227-268.
- Kamo, Takehiko* 1979: International Integration and the Dynamics of Peace: Behavioural Trends in the European Community, in: British Journal of International Studies 5: 2, 150-170.
- Keohane, Robert O.* 1984: After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy, Princeton, NJ.
- Keohane, Robert O./Haas, Peter M./Levy, Marc A.* 1993: The Effectiveness of International Environmental Institutions, in: Haas, Peter, M./Keohane, Robert. O./Levy, Marc A. (Hrsg.): Institutions for the Earth, Cambridge, MA, 3-24.

- Keohane, Robert O./Martin, Lisa 1995: The Promise of Institutionalist Theory, in: *International Security* 20: 1, 39-51.
- Keohane, Robert/Moravcsik, Andrew/Slaughter, Anne-Marie 2000: Legalized Dispute Resolution: Interstate and Transnational, in: *International Organization* 54: 3, 457-488.
- Keohane, Robert/Nye, Joseph S. 1977: *Power and Interdependence*. World Politics in Transition, Boston, MA.
- Kohler-Koch, Beate 1989: Zur Empirie und Theorie internationaler Regime, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Regime in den Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 17-85.
- Kohler-Koch, Beate 1996: Die Gestaltungsmacht organisierter Interessen, in: Jachtenfuchs, Markus/Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): *Europäische Integration*, Opladen, 193-222.
- Kohler-Koch, Beate/Schmidberger, Martin 1996: Integrationstheorien, in: *Die Europäische Union (Lexikon der Politik, Band 5)*, München, 152-162.
- Krasner, Stephen D. 1983: Structural Causes and Regime Consequences. Regimes as Intervening Variables, in: Krasner, Stephen D. (Hrsg.): *International Regimes*, Ithaca, NY, 1-21.
- Kratochwil, Friedrich V. 1993: Contract and Regimes: Do Issue Specificity and Variations of Formality Matter?, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hrsg.): *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 73-93.
- Kreft, Michael 1997: Die Europäische Integration als Sicherheitsinstitution, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hrsg.): *Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, 165-190.
- Kreile, Michael 2002: Die Osterweiterung der Europäischen Union, in: Weidenfeld, Werner (Hrsg.): *Europa-Handbuch*, Gütersloh, 807-826.
- Kriesberg, Louis 1998: *Constructive Conflicts. From Escalation to Resolution*, Lanham, MD.
- Kugler, Jack/Lemke, Douglas 2000: The Power Transition Research Program. Assessing Theoretical and Empirical Advances, in: Midlarsky, Manus (Hrsg.): *Handbook of War Studies*, 2.Aufl., Ann Arbor, MI, 129-163.
- Lake, David A. 1992: Powerful Pacifists: Democratic States and War, in: *American Political Science Review* 86: 1, 24-37.
- Layne, Christopher 1994: Kant or Cant? The Myth of the Democratic Peace, in: *International Security* 19: 2, 5-49.
- Leeds, Brett Ashley 1999: Domestic Political Institutions, Credible Commitments, and International Cooperation, in: *American Journal of Political Science* 43: 4, 979-1002.
- Leeds, Brett Ashley/Davis, David D. 1997: Domestic Political Vulnerability and International Disputes, in: *Journal of Conflict Resolution* 41: 6, 814-834.
- Leeds, Brett Ashley/Davis, David R. 1999: Beneath the Surface: Regime Type and International Interaction, in: *Journal of Peace Research* 36: 1, 5-21.
- Leng, Russell J. 1993: Reciprocating Influence Strategies in Interstate Crisis Bargaining, in: *Journal of Conflict Resolution* 37: 1, 3-41.
- Leng, Russell J. 2000: Escalation: Crisis Behavior and War, in: Vasquez, John A. (Hrsg.): *What Do We Know About War*, Lanham, MD, 235-258.
- Levy, Jack S. 1988: Domestic Politics and War, in: Rotberg, Robert J./Rabb, Theodore K. (Hrsg.): *The Origin and Prevention of Major Wars*, Cambridge, 79-99.
- Levy, Jack S. 1989: The Divisionary Theory of War: A Critique, in: Midlarsky, Manus L. (Hrsg.): *Handbook of War Studies*, Boston, MA, 259-288.
- Levy, Marc A./Young, Oran/Zürn, Michael 1995: The Study of International Regimes, in: *European Journal of International Relations* 1: 3, 267-330.
- Lipgens, Walter 1986: 45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments, Bonn.
- Lipson, Charles 1985: International Cooperation in Economic and Security Affairs, in: *World Politics* 38: 1, 1-23.

- List, Martin 1991: Umweltschutz in zwei Meeren: Vergleich der internationalen Zusammenarbeit zum Schutz der Meeresumwelt in Nord- und Ostsee, München.
- Loth, Wilfried 1990: Der Weg nach Europa, Göttingen.
- Maos, Zeev/Russett, Bruce 1993: Normative and Structural Causes of Democratic Peace, 1946-1986, in: American Political Science Review 87: 3, 624-638.
- Martin, Lisa 2000: Democratic Commitments. Legislatures and International Cooperation, Princeton, NJ.
- Martin, Lisa/Simmons, Beth 1998: Theories and Empirical Studies of International Institutions, in: International Organization 52: 4, 729-757.
- McLaughlin, Sara Mitchell/Prins, Brandon 1999: Beyond Territorial Contiguity: Issues at Stake in Democratic Militarized Disputes, in: International Studies Quarterly 43: 1, 169-183.
- McMillan, Susan M. 1997: Interdependence and Conflict, in: Mershon International Studies Review 41: 1, 33-58.
- Mearsheimer, John J. 1994/95: The False Promise of International Institutions, in: International Security 19: 3, 5-49.
- Mendler, Martin 1990: Working Conditions of Foreign Journalists in East-West Relations. Regulating a Conflict about Values without Regime, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): International Regimes in East-West Politics, London, 216-249.
- Meulen, Jacob ter 1917/1929/1940: Der Gedanke der internationalen Organisation in seiner Entwicklung, Drei Bände, Den Haag.
- Milner, Helen V. 1997: Interests, Institutions, and Information. Domestic Politics and International Relations, Princeton, NJ.
- Mitrany David 1966: A Working Peace System, Chicago, IL.
- Moravcsik, Andrew 1996: Federalism and Peace: A Structural Liberal Perspective, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3: 1, 123-132.
- Moravcsik, Andrew 1997: Taking Preferences Seriously: A Liberal Theory of International Politics, in: International Organization 51: 4, 513-553.
- Mousseau, Michael 2000: Market Prosperity, Democratic Consolidation, and Democratic Peace, in: Journal of Conflict Resolution 44: 4, 472-507.
- Müller, Harald 1989: Regimeanalyse und Sicherheitspolitik: Das Beispiel Nonproliferation, in: Kohler-Koch, Beate (Hrsg.): Regime in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, 277-313.
- Müller, Harald 1993a: Die Chance der Kooperation: Regime in den Internationalen Beziehungen, Darmstadt.
- Müller, Harald 1993b: The Internalization of Principles, Norms, and Rules by Governments: the Case of Security Regimes, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hrsg.): Regime Theory and International Relations, Oxford, 361-388.
- Müller, Harald 2002: Antinomien des demokratischen Friedens, in: Politische Vierteljahresschrift 43: 1, 46-81.
- Nielebock, Thomas 1993: Frieden zwischen Demokratien: Ein empirisches Gesetz in den Internationalen Beziehungen auf der Suche nach seiner Erklärung, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 22: 2, 179-193.
- Nye, Joseph S. Jr. 1987: Nuclear Learning and U.S.-Soviet Security Regimes, in: International Organization 41: 3, 371-402.
- Nye, Joseph S. Jr. 1995: Conflicts after the Cold War, in: The Washington Quarterly 19: 1, 5-24.
- Oneal, John R./Oneal, Frances H./Maos, Zeev/Russett, Bruce 1996: The Liberal Peace: Interdependence, Democracy, and International Conflict, in: Journal of Peace Research 33: 1, 11-28.
- Oneal, John R./Russett, Bruce 1999: The Kantian Peace. The Pacific Benefits of Democracy, Interdependence, and International Organizations, 1885-1992, in: World Politics 52: 1, 1-37.
- Owen, John M. 1994: How Liberalism Produce Democratic Peace, in: International Security 19: 2, 87-125.

- Peters, Ingo 1997: Von der KSZE zur OSZE: Überleben in der Nische kooperativer Sicherheit, in: Haftendorn, Helga/Keck, Otto (Hrsg.): Kooperation jenseits von Hegemonie und Bedrohung. Sicherheitsinstitutionen in den internationalen Beziehungen, Baden-Baden, 57-100.
- Pfetsch, Frank R./Rohloff, Christoff 2000: National and International Conflicts, 1945-1995: New Empirical and Theoretical Approaches, London.
- Rasler, Karen/Thompson, William R. 2000: Explaining Rivalry Escalation to War. Space, Position, and Contiguity in the Major Power Subsystem, in: International Studies Quarterly 44: 3, 503-530.
- Ray, James Lee 2000: Democracy: On the Level(s), Does Democracy Correlate with Peace?, in: Vasquez, John A. (Hrsg.): What Do We Know About War?, Lanham, MD, 299-316.
- Risse-Kappen, Thomas 1994: Wie weiter mit dem »demokratischen Frieden«?, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1: 2, 367-379.
- Risse-Kappen, Thomas 1995a: Cooperation Among Democracies. The European Influence on U.S. Foreign Policy, Princeton, NJ.
- Risse-Kappen, Thomas 1995b: Democratic Peace – Warlike Democracies? A Social Constructivist Interpretation of the Liberal Argument, in: European Journal of International Relations 1: 4, 491-517.
- Risse-Kappen, Thomas 1995c: Introduction, in: Risse-Kappen, Thomas (Hrsg.): Bringing Transnational Relations Back In: Non-state Actors, Domestic Structures and International Institutions, Cambridge, 3-33.
- Risse-Kappen, Thomas 1996: Collective Identity in a Democratic Community: The Case of NATO, in: Katzenstein, Peter J. 1996: The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics, New York, NY, 357-399.
- Rittberger, Volker 1970: Westeuropäische Integration – Fortschritt oder Stagnation?, in: Politische Vierteljahresschrift, 11: 2/3, 342-354.
- Rittberger, Volker 1987: Zur Friedensfähigkeit von Demokratien. Betrachtungen zur politischen Theorie des Friedens, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 37: 44, 3-12.
- Rittberger, Volker 1993: Research on International Regimes in Germany: the Adaptive Internalization of an American Social Science Concept, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hrsg.): Regime Theory and International Relations, Oxford, 3-22.
- Rittberger, Volker (unter Mitarbeit von Bernhard Zangl) 1994: Internationale Organisationen. Politik und Geschichte, Opladen.
- Rittberger, Volker 1995: Über die Friedensleistungen internationaler Regime, in: Senghaas, Dieter (Hrsg.): Den Frieden denken, Frankfurt a.M., 341-363.
- Rittberger, Volker/Zürn, Michael 1990: Towards Regulated Anarchy in East-West Relations, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): International Regimes in East-West Politics, London, 9-63.
- Rousseau, David L./Gelpi, Christopher/Reiter, Dan/Huth, Paul K. 1996: Assessing the Dyadic Nature of the Democratic Peace, in: American Political Science Review 90: 3, 512-533.
- Rubin, Jeffrey Z./Pruitt, Dean G./Kim, Sung Hee 1994: Social Conflict. Escalation, Stalemate, and Settlement, zweite Aufl., New York, NY.
- Russett, Bruce 1990: Controlling the Sword. The Democratic Governance of National Security, Cambridge, MA.
- Russett, Bruce 1993: Grasping the Democratic Peace. Principles for a Post-Cold War World, Princeton, NJ.
- Russett, Bruce M./Starr, Harvey 2000: From Democratic Peace to Kantian Peace: Democracy and Conflict in the International System, in: Midlarsky, Manus (Hrsg.): Handbook of War Studies, Ann Arbor, MI, 93-128.
- Russett, Bruce/Oneal, John R 2001: Triangulating Peace: Democracy, Interdependence, and International Organizations, New York, NY.

- Russett, Bruce/Oneal, John R./Davis, David R. 1998: The Third Leg of the Kantian Tripod: International Organizations and Militarized Disputes, 1950-1985, in: *International Organization* 52: 3, 441-467.
- Schimmelfennig, Frank 1994a: Arms Control Regimes and the Dissolution of the Soviet Union. Realism, Institutionalism and Regime Robustness, in: *Cooperation and Conflict* 29: 2, 115-148.
- Schimmelfennig, Frank 1994b: Internationale Sozialisation neuer Staaten. Heuristische Überlegungen zu einem Forschungsdesiderat, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1: 2, 335-355.
- Schimmelfennig, Frank 1999: NATO Enlargement: A Constructivist Explanation, in: *Security Studies* 8: 2/3, 198-234.
- Schimmelfennig, Frank 2001: The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action and the Eastern Enlargement of the European Union, in: *International Organization* 55: 1, 47-80.
- Schlotter, Peter 1999: Die KSZE im Ost-West-Konflikt. Wirkung einer internationalen Institution, Frankfurt a.M.
- Schmitt, Burkard 2000: From Cooperation to Integration: Defence and Aerospace Industries in Europe (Chaillot Papers 40),)Paros: The Institute for Security Studies of Western European Union.
- Schrogl, Kai-Uwe 1993: Zivile Satellitennutzung in internationaler Zusammenarbeit, Köln.
- Schultz, Kenneth A. 1999: Do Democratic Institutions Constrain or Inform? Contrasting Two Institutional Perspectives on Democracy and War, in: *International Organization* 53: 2, 233-266.
- Schwarzer, Gudrun 1990: The Berlin Regime, in: Rittberger, Volker (Hrsg.): *International Regimes in East-West Politics*, London, 189-215.
- Schwarzer, Gudrun 1994: *Friedliche Konfliktregulierung: Saarland - Österreich - Berlin: Eine vergleichende Untersuchung territorialer Machtkonflikte*, Tübingen.
- Senghaas, Dieter 1990: *Europa 2000. Ein Friedensplan*, Frankfurt a.M.
- Senghaas, Dieter 2000: Friedenszonen, in: Schwarz, Hans-Peter/Kaiser, Karl (unter Mitarbeit von Sven Olaf Berggötz und Petra Holtrup) (Hrsg.): *Weltpolitik im neuen Jahrhundert*, 2. Aufl., Bonn, 404-413.
- Senghaas-Knobloch, Eva 1969: *Frieden durch Integration und Assoziation. Literaturbericht und Problemstudien*, Stuttgart.
- Shanks, Cheryl/Jacobson, Harold K./Kaplan, Jeffrey H. 1996: Inertia and Change in the Constellation of International Governmental Organizations, 1981-1992, in: *International Organization* 50: 4, 593-627.
- Siverson, Randolph/Emmons, Julian 1991: Birds of a Feather: Democratic Political Systems and Alliance Choices, in: *Journal of Conflict Resolution* 35: 2, 285-306.
- Slaughter Burley, Anne-Marie 1993: International Law and International Relations Theory: A Dual Agenda, in: *American Journal of International Law* 87: 2, 205-239.
- Spiro, David E. 1994: The Insignificance of the Liberal Peace, in: *International Security* 19: 2, 50-86.
- Tibi, Bassam 1995: *Krieg der Zivilisationen*, Hamburg.
- Thompson, William R. 1995: Principal Rivalries, in: *Journal of Conflict Resolution* 39: 2, 195-223.
- Thompson, William R. 1996: Democracy and Peace: Putting the Cart before the Horse?, in: *International Organization* 50: 1, 141-174.
- Thompson, William R./Tucker, Richard 1997: A Tale of Two Democratic Peace Critiques, in: *Journal of Conflict Resolution* 41: 3, 428-453.
- Tuschhoff, Christian 1999: Alliance Cohesion and Peaceful Change in NATO, in: Haftendorn, Helga/Keohane, Robert O./Wallander, Celeste (Hrsg.): *Imperfect Unions. Security Institutions over Time and Space*, Oxford, 140-161.
- Varwick, Johannes/Woyke, Wichard 2000: *Die Zukunft der NATO: Transatlantische Sicherheit im Wandel*, Opladen.

- Vasquez, John A. 1993: *The War Puzzle*, Cambridge.
- Vasquez, John A. 1996: Distinguishing Rivals That Go to War from Those That Do Not: A Quantitative Comparative Case Study of Two Paths to War, in: *International Studies Quarterly* 40: 4, 531-558.
- Vasquez, John A. 2000a: Reexamining the Steps to War: New Evidence and Theoretical Insights, in: Midlarsky, Manus I. (Hrsg.): *Handbook of War Studies II*, Ann Arbor, MI, 371-406.
- Vasquez, John A. 2000b: What Do We Know About War, in: Vasquez, John A. (Hrsg.): *What Do We Know About War*, Lanham, MD, 335-370.
- Waever, Ole 1998: Insecurity, Security, and Asecurity in the West European Non-War Community, in: Adler, Emanuel/Barnett, Michael (Hrsg.): *Security Communities*, Cambridge, 69-118.
- Wallander, Celeste A. 2000: Institutional Assets and Adaptability: NATO After the Cold War, in: *International Organization* 54: 4, 705-735.
- Waltz, Kenneth N. 1979: *Theory of International Politics*, New York, NY.
- Wayman, Frank Whelon 2000: Rivalries. Recurrent Disputes and Explaining War, in: Vasquez, John A. (Hrsg.): *What Do We Know About War*, Lanham, MD, 219-234.
- Weitsman, Patricia A. 1997: Intimate Enemies: The Politics of Peacetime Alliances, in: *Security Studies* 7: 1, 156-192.
- Wendt, Alexander 1994: Collective Identity Formation and the International State, in: *American Political Science Review* 88: 2, 384-396.
- Wolf, Reinhard 2001: Was hält siegreiche Verbündete zusammen? Machtpolitische, institutionelle und innenpolitische Faktoren im Vergleich, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 7: 1, 33-78.
- Young, Oran 1989: *International Cooperation. Building Regimes for Natural Resources and the Environment*, Ithaca, NY.
- Zangl, Bernhard 1999: Interessen auf zwei Ebenen: Internationale Regime in der Agrarhandels-, Währungs- und Walfangpolitik, Baden-Baden.
- Zellentin, Gerda 1970: *Intersystemare Beziehungen in Europa. Bedingungen der Friedenssicherung*, Leiden.
- Zellentin, Gerda 1992: Der Funktionalismus – eine Strategie gesamteuropäischer Integration? in: Kreile, Michael (Hrsg.): *Die Integration Europas*, PVS-Sonderheft 23, Opladen, 62-77.
- Zielinski, Michael 2000: Gesamteuropa als Friedensgemeinschaft, in: *Friedenswarte* 75: 3-4, 309-330.
- Zürn, Michael 1992: Interessen und Institutionen in der internationalen Politik. Grundlegung und Anwendung des situationsstrukturellen Ansatzes, Opladen.
- Zürn, Michael 1993: Bringing the Second Image (Back) in: *About the Domestic Sources of Regime Formation*, in: Rittberger, Volker (with the assistance of Peter Mayer) (Hrsg.): *Regime Theory and International Relations*, Oxford, 282-311.
- Zürn, Michael 1997: Assessing State Preferences and Explaining Institutional Choice: The Case of Intra-German Trade, in: *International Studies Quarterly* 41: 2, 295-320.